

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2008 — 2897

[C — 2008/33067]

**19. MAI 2008 — Dekret über die materielle Organisation und die Funktionsweise der anerkannten Kulte**

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

*KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen*

Begriffsbestimmungen

**Artikel 1** - Im Sinne des vorliegenden Dekretes versteht man unter:

- Bischof: der für die Pfarren des deutschen Sprachgebietes zuständige römisch-katholische Bischof;
- Zentralrat: der zentrale Verwaltungsrat der protestantischen Kirche;
- Kirchenfabrik: die mit der Verwaltung der weltlichen Güter der Kulte beauftragte Einrichtung;
- Rat: der katholische Kirchenfabrikrat beziehungsweise der protestantische Verwaltungsrat der Kirchenfabrik;
- Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- Gemeinde: die Gemeinde, in der die Kirchenfabrik ihren Sitz hat oder die Gemeinden über deren Gebiet sich das Einzugsgebiet einer Kirchenfabrik erstreckt;
- Belege: alle Schriftstücke oder Anlagen, durch die ein Beschluss belegt werden kann.

Berechnung der Fristen

**Art. 2** - Die Fristen werden in Kalendertagen berechnet.

Eine Frist beginnt an dem Tag, an dem eine Akte zugestellt wird. Es gilt das Datum des Poststempels oder, bei manueller Übergabe von Akten, das der Empfangsbestätigung. Der Tag, an dem eine Frist abläuft, wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt.

Als Feiertage im Sinne des vorliegenden Dekrets gelten: der Neujahrstag, Altweiberdonnerstag, Rosenmontag, Ostermontag, der erste Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, der 21. Juli, der 15. August, der 1., 2., 11. und 15. November, der 25. und 26. Dezember sowie die per Dekret oder Erlass der Regierung festgelegten Tage.

Notifizierungen

**Art. 3** - Jeder Beschluss der Regierung wird der betreffenden Kirchenfabrik sowie der Gemeinde und dem Bischof oder dem Zentralrat und gegebenenfalls der betreffenden Person zugestellt. Bei Strafe der Nichtigkeit erfolgt diese Zustellung spätestens an dem Tag, an dem die Frist abläuft.

Jeder Beschluss eines Gemeinderates wird der betreffenden Kirchenfabrik, der Regierung, dem Bischof und gegebenenfalls der betreffenden Person zugestellt. Bei Strafe der Nichtigkeit erfolgt diese Zustellung spätestens an dem Tag, an dem die Frist abläuft.

Zutritt zu den Kultusgebäuden

**Art. 4** - Es ist ausdrücklich verboten, irgendeine Gebühr für den Zutritt zu den Kultusgebäuden zu erheben, mit Ausnahme der eventuell verlangten Beteiligungen bei kulturellen Veranstaltungen.

Kollekten

**Art. 5** - Der Bischof oder der Zentralrat regeln die Vornahme von Kollekten in den Kirchen.

*KAPITEL II — Organisation und Funktionsweise*

Anerkennung von Pfarren

**Art. 6** - Auf Vorschlag des Bischofs oder des Zentralrates erkennt die Regierung die Pfarren und deren Einzugsgebiet an.

Die Regierung bestimmt die Anerkennungsbedingungen.

Anerkennung von Kirchenfabriken

**Art. 7** - Pro Pfarre gibt es eine Kirchenfabrik, es sei denn, zwei oder mehrere Kirchenfabriken beantragen eine Fusion. Die Regierung kann diese gewähren, wenn ein positives Gutachten des Bischofs oder des Zentralrates vorliegt.

Die Kirchenfabrik ist eine öffentliche Einrichtung mit Rechtspersönlichkeit.

Der Sitz einer Kirchenfabrik befindet sich im Pfarrhaus. Sollte dies nicht möglich sein, ist die Festlegung des Sitzes an einem anderen Ort, der ähnliche Eigenschaften aufweist, bei der Regierung zu beantragen.

Aufgaben der Kirchenfabriken

**Art. 8** - Die Kirchenfabrik sorgt für die erforderlichen materiellen Bedingungen für die Ausübung des Kultes und den Erhalt seiner Würde.

Sie ist zuständig für:

- den Unterhalt und den Erhalt der Kirchen und Kapellen, für die sie zuständig ist;
- die Verwaltung der Güter und der Finanzmittel, deren Eigentümer sie ist oder die für die Ausübung des Kultes bestimmt sind;
- die Vertretung der Interessen der Kirchenfabrik gegenüber den weltlichen Behörden.

## Rat

**Art. 9 - § 1** - Die Kirchenfabrik wird von einem Rat verwaltet, der aus fünf gewählten Mitgliedern besteht.

In Abweichung zu Absatz 1 kann ein Rat aus maximal neun Mitgliedern bestehen, wenn dies in der Geschäftsordnung vorgesehen ist. Eine Veränderung der Mitgliederzahl kann nur anlässlich einer teilweisen Erneuerung der Räte beschlossen werden.

Außerdem gehören dem Rat von Rechts wegen an:

- der Pfarrer oder sein von ihm bezeichneter Stellvertreter;
- der Bürgermeister oder sein von ihm bezeichneter Stellvertreter, der Mitglied des Gemeinderates sein muss.

§ 2 - Der Rat kann jederzeit Außenstehende zu seinen Versammlungen hinzuziehen. Diese haben eine beratende Funktion.

Der Rat ist mit allem beauftragt, das durch vorliegendes Dekret nicht ausdrücklich einem seiner Mitglieder zugewiesen wird.

Es ist insbesondere ein Beschluss des Rates erforderlich für:

- die Verabschiedung der Haushaltspläne und Jahresrechnungen;
- Kapitalanlagen sowie die Verwendung der Mittel aus Immobilienoperationen;
- jede Ausgabe über 10.000 EUR und jede nicht im Haushalt vorgesehene Ausgabe;
- die Einstellung und Entlassung von Personal auf Vorschlag des Pfarrers;
- die Verabschiedung der Geschäftsordnung.

## Wahl des katholischen Rates

**Art. 10 - § 1** - Bei neu gegründeten Kirchenfabriken werden drei Mitglieder des Rates vom Bischof bezeichnet und zwei Mitglieder vom Gemeinderat.

Entsteht eine neue Kirchenfabrik jedoch aufgrund der Fusion von bestehenden Kirchenfabriken, wählen die Mitglieder ihrer Räte die Mitglieder des neuen Rates.

§ 2 - Unbeschadet der Anwendung von § 4 werden die Mitglieder des Rates für eine Dauer von sechs Jahren gewählt. Ein ausscheidendes Mitglied ist wieder wählbar.

Bei frühzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds wählen die im Amt bleibenden Mitglieder ein neues Mitglied des Rates. Dieses führt das Mandat seines Vorgängers zu Ende.

§ 3 - Der Rat ist alle drei Jahre zur Hälfte zu erneuern. Die im Amt bleibenden Mitglieder wählen die an die Stelle der Ausscheidenden tretenden Mitglieder. Erfolgt diese Wahl nicht binnen einem Monat, bezeichnen der Bischof und der Gemeinderat je die Hälfte der zu ersetzenden Mitglieder.

Bei jeder teilweisen Erneuerung wählt der Rat einen Präsidenten, einen Rendanten und einen Sekretär. Die Mandate sind erneuerbar.

§ 4 - Bei neu gegründeten Kirchenfabriken bestimmt das Los nach Ablauf von drei Jahren die ersten ausscheidenden Mitglieder.

Wenn der Rat gemäß Artikel 9 § 1 Absatz 2 beschließt, seine Mitgliederzahl zu verändern, finden folgende Regeln Anwendung, um zu gewährleisten, dass die teilweise Erneuerung des Rates wie in § 3 vorgesehen, stattfinden kann:

- bei einer Verringerung der Mitgliederzahl bestimmt gegebenenfalls das Los weitere ausscheidende Mitglieder und der Rat legt die Dauer des Mandates der neu gewählten Mitglieder auf drei oder sechs Jahre fest;
- bei einer Erhöhung der Mitgliederzahl legt der Rat die Dauer des ersten Mandats der neuen Mitglieder auf drei oder sechs Jahre fest.

§ 5 - Alle in diesem Artikel vorgesehenen Wahlen finden in geheimer Abstimmung statt. Bei Stimmgleichheit wird eine Stichwahl vorgenommen. Herrscht dann immer noch Stimmgleichheit, gilt der jüngste Kandidat als gewählt.

## Wahl des protestantischen Rates

**Art. 11 - § 1** - Unbeschadet der Anwendung von § 3 werden die Mitglieder des Rates von den Pfarrmitgliedern für eine Dauer von sechs Jahren gewählt. Ein ausscheidendes Mitglied ist wieder wählbar.

Bei frühzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds wählen die Pfarrmitglieder ein neues Mitglied des Rates. Dieses führt das Mandat seines Vorgängers zu Ende.

§ 2 - Der Rat ist alle drei Jahre zur Hälfte zu erneuern.

Bei jeder teilweisen Erneuerung wählt der Rat einen Präsidenten, einen Rendanten und einen Sekretär. Die Mandate sind erneuerbar.

§ 3 - Bei neu gegründeten Kirchenfabriken bestimmt das Los nach Ablauf von drei Jahren die ersten ausscheidenden Mitglieder.

Wenn der Rat gemäß Artikel 9 § 1 Absatz 2 beschließt, seine Mitgliederzahl zu verändern, finden folgende Regeln Anwendung, um zu gewährleisten, dass die teilweise Erneuerung des Rates wie in § 2 vorgesehen, stattfinden kann:

- bei einer Verringerung der Mitgliederzahl bestimmt gegebenenfalls das Los weitere ausscheidende Mitglieder und der Rat legt die Dauer des Mandates der neu gewählten Mitglieder auf drei oder sechs Jahre fest;
- bei einer Erhöhung der Mitgliederzahl legt der Rat die Dauer des ersten Mandats der neuen Mitglieder auf drei oder sechs Jahre fest.

§ 4 - Alle in diesem Artikel vorgesehenen Wahlen finden in geheimer Abstimmung statt. Bei Stimmgleichheit wird eine Stichwahl vorgenommen. Herrscht dann immer noch Stimmgleichheit, gilt der jüngste Kandidat als gewählt.

## Wählbarkeitsbedingungen

**Art. 12** - Ein gewähltes Mitglied des Rates ist:

- mindestens 18 Jahre alt;
- katholisch beziehungsweise protestantisch;
- in der Pfarrgemeinde aktiv und
- verfügt über seine bürgerlichen und politischen Rechte.

## Unvereinbarkeiten

**Art. 13** - Der Pfarrer oder sein Stellvertreter, der Bürgermeister oder sein Stellvertreter und die Schöffen der Gemeinde sowie das Personal der Kirchenfabrik dürfen die Mandate als Präsident, Rendant oder Sekretär nicht wahrnehmen.

Die Mitglieder des Rates, mit Ausnahme der Mitglieder von Rechts wegen, dürfen weder bis zum zweiten Grad einschließlich miteinander verwandt oder verschwägert noch miteinander verheiratet oder gesetzlich zusammenwohnende Partner sein.

Eine zwischen Mandatsträgern später eingetretene Verschwägerung führt nicht zu einem Entzug der betreffenden Mandate. Dies trifft auf eine Eheschließung oder ein gesetzliches Zusammenwohnen zwischen Mandatsträgern jedoch nicht zu.

Die Verschwägerung ist mit dem Ableben der Person, durch die sie entstanden ist, als aufgelöst zu betrachten.

## Geschäftsordnung

**Art. 14** - § 1 - Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung, die mindestens folgende Aspekte regelt:

- die Anzahl der Mitglieder des Rates;
- Vertretungen bei zeitweiliger Abwesenheit;
- die Art und Weise der Einberufung der Versammlungen;
- die Modalitäten der Abstimmung;
- die Modalitäten für die Abänderung der Geschäftsordnung.

Gegebenenfalls regelt die Geschäftsordnung:

- die Möglichkeit per Vollmacht abzustimmen;
- die Delegation von Aufgaben;
- die Begrenzung der Befugnisse des Rendanten.

Diese Geschäftsordnung, die gemäß dem von der Regierung festgelegten Modell abzufassen ist, ist der Regierung binnen 20 Tagen nach ihrer Verabschiedung zur Billigung zu übermitteln.

§ 2 - Die Regierung bestätigt den Empfang der Akte und leitet sie unverzüglich an den Bischof oder an den Zentralrat zur Begutachtung weiter.

Der Bischof oder der Zentralrat übermittelt der Regierung sein Gutachten binnen 40 Tagen.

Liegt nach Ablauf dieser Frist keine Stellungnahme vor, kann man diese Formalität außer Acht lassen.

§ 3 - Die Regierung entscheidet über die Billigung beziehungsweise die Ablehnung innerhalb einer Frist von 80 Tagen nach der in § 2 Absatz 1 erwähnten Zustellung. In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt die Billigung als erteilt.

## Aufgaben des Präsidenten

**Art. 15** - Der Präsident hat folgende Aufgaben:

1. Er lädt zu den Versammlungen ein und leitet diese.
2. Er vertritt die Kirchenfabrik gerichtlich und außergerichtlich.
3. Er ist mit der Ausführung der Beschlüsse des Rates beauftragt, kann aber Aufgaben an einzelne Mitglieder delegieren.
4. Er unterzeichnet die Beschlüsse, die Korrespondenz und das Protokollbuch mit dem Sekretär.
5. Er vertritt die Kirchenfabrik vor Gericht bei allen gegen sie erhobenen Klagen. Er beantragt den Erlass einstweiliger Verfügungen und macht Besitzklagen vor Gericht geltend; er nimmt alle Handlungen zur Wahrung des Rechts oder zur Unterbrechung der Verjährung und des Verfalls vor. Er kann diese Aufgaben einem anderen Mitglied des Rates delegieren, wenn die Geschäftsordnung dies vorsieht.

Alle anderen Klagen, in denen die Fabrik als Klägerin auftritt, dürfen nur nach Ermächtigung durch den Rat vom Präsidenten angestrengt werden.

## Aufgaben des Sekretärs

**Art. 16** - Der Sekretär hat folgende Aufgaben:

1. die Abfassung der Beschlüsse des Rates;
2. die Führung des Protokollbuchs;
3. die Eintragung aller Stiftungs- und Eigentumsurkunden sowie der Pacht- und Mietverträge in ein Hauptbuch mit Angabe der Einkünfte und der Lasten;
4. die Übermittlung aller erforderlichen Unterlagen an die Behörden;
5. das Erstellen und Aktualisieren des Inventars;
6. die Führung des Archivs.

Die unter 5-6 vorgesehenen Aufgaben können einem anderen Mitglied des Rates übertragen werden, wenn die Geschäftsordnung dies vorsieht.

Der Sekretär unterzeichnet die Beschlüsse, die Korrespondenz und das Protokollbuch mit dem Präsidenten.

## Aufgaben des Rendanten

**Art. 17** - Der Rendant hat folgende Aufgaben:

1. das Einziehen aller der Kirchenfabrik geschuldeten Summen, die Begleichung der Schulden sowie die Verwaltung der Gelder;
2. die tägliche Geschäftsführung im Rahmen des ordentlichen Haushaltes;
3. die Buchführung;
4. die Vorbereitung des Haushaltsplanes sowie des Mehrjahresplanes;
5. die Vorbereitung der Jahresrechnungslegung;
6. die Erfüllung aller Stiftungen nach dem Willen der Stifter.

Der Rendant legt dem Rat ein Mal pro Trimester eine von ihm unterzeichnete und als richtig bescheinigte Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kirchenfabrik während der drei vorhergehenden Monate vor.

## Häufigkeit der Versammlungen

**Art. 18** - Der Rat tritt so oft zusammen, wie es die Belange der Kirchenfabrik erfordern, auf jeden Fall aber ein Mal pro Trimester.

Die Sitzungen sind nicht öffentlich.

## Abstimmungsmodalitäten

**Art. 19** - § 1 - Der Rat kann nur bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte seiner Mitglieder gültige Beschlüsse fassen; diese werden mit der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Rates gefasst.

Wird das Anwesenheitsquorum nicht erreicht, kann eine zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung einberufen werden, die dann ungeachtet der Anzahl der Anwesenden mit der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder beschließen kann. Zwischen den beiden Versammlungen müssen mindestens acht Tage liegen.

§ 2 - Bei jeder Einstellung eines Personalmitglieds findet eine getrennte Abstimmung statt.

Wird bei Einstellungen von Kandidaten im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erreicht, erfolgt eine Stichwahl zwischen den Kandidaten, die die höchste Stimmenanzahl erhalten haben.

Die Einstellung erfolgt mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.

## Verbote

**Art. 20** - Mitglieder des Rates dürfen nicht an Beschlussfassungen teilnehmen, an denen sie ein direktes Interesse haben und die sie entweder persönlich betreffen oder die Personen betreffen, mit denen sie bis zum 2. Grad einschließlich verwandt oder verschwägert sind oder mit denen sie verheiratet oder gesetzlich zusammenwohnend sind.

Es ist den Ratsmitgliedern untersagt:

1. sich direkt oder indirekt an irgendeiner Dienstleistung, Lieferung oder Ausschreibung für die Kirchenfabrik zu beteiligen;
2. als Anwalt, Notar oder Sachwalter in Prozessen gegen die Kirchenfabrik aufzutreten. Es ist ihnen in dieser Eigenschaft auch untersagt, Streitsachen zugunsten der Kirchenfabrik vor Gericht zu vertreten, sie darin zu beraten oder zu ihren Gunsten darin einzugreifen, es sei denn unentgeltlich;
3. in Disziplinarsachen als Beistand eines Personalmitglieds aufzutreten.

## Verwaltung und Disposition der Güter

**Art. 21** - § 1 - Die Häuser und Grundstücke der Kirchenfabrik sind in der für die Gemeindegüter vorgeschriebenen Form vom Rat zu verpachten oder zu verwalten.

Der Rat legt die Miet- oder Pachtbedingungen sowie die Bedingungen für jegliche weitere Verwendung der Erträge und Einkünfte aus dem Eigentum und aus den Rechten der Kirchenfabrik fest.

§ 2 - Der Abschluss von Immobiliengeschäften über 10.000 EUR sowie von Miet- oder Pachtverträgen von über 9 Jahren bedarf des Gutachtens des Bischofs oder des Zentralrates und der Gemeinde sowie der Genehmigung der Regierung.

Wird ein Gutachten nicht binnen 4 Monaten, nachdem es angefragt wurde, erteilt, kann man diese Formalität außer Acht lassen.

Die Regierung verfügt über eine Frist von 45 Tagen ab Eingang der vollständigen Akte um ihre Genehmigung zu erteilen. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens ein Mal um dieselbe Dauer verlängern.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt die Genehmigung als erteilt.

## Einschränkungen

**Art. 22** - Es bedarf des günstigen Gutachtens des Bischofs oder des Zentralrates und des Gutachtens der Gemeinde sowie der Genehmigung der Regierung für:

- die Errichtung neuer Kirchen oder für die Ausübung des Kultes bestimmter Gebäude;
- den Um- oder Ausbau bestehender Kirchen oder für die Ausübung des Kultes bestimmter Gebäude;
- die Änderung der inneren Anordnung der Kirchen oder der für die Ausübung des Kultes bestimmter Gebäude;
- das Entfernen, die Restaurierung oder das Umstellen von Kunstgegenständen oder historisch wertvollen Objekten, es sei denn, diese sind Eigentum von Privatpersonen oder privaten Gesellschaften.

## Pfarrhaus

**Art. 23** - Bei jedem Besitzantritt eines Pfarrers oder Hilfspfarrers ist auf Kosten der Gemeinde und auf Initiative des Bürgermeisters eine Beschreibung des Pfarrhauses und seiner Zubehöre aufzunehmen. Der Pfarrer- oder Hilfspfarrer kommt nur für die kleinen Unterhalts- und Reparaturarbeiten auf, die dem Mieter obliegen, sowie für durch seine Schuld verursachte Beschädigungen. Diese sind auch vom abziehenden Pfarrer oder Hilfspfarrer, seinen Erben oder Rechtsnachfolgern zu tragen.

## Inventar

**Art. 24** - Die Kirchenfabrik verfügt über zwei Inventare: eines über die Mobiliargegenstände der Kirche und eines über die Urkunden, Papiere und Auskünfte mit Anführung der in jeder Urkunde erwähnten Güter, deren Ertrag sowie des Stiftungszwecks, zu welchem die Güter der Fabrik gegeben wurden.

Diese Inventare sind jährlich zu aktualisieren.

## Schenkungen und Legate

**Art. 25** - Jeder Notar, vor dem eine Schenkung unter Lebenden oder eine testamentarische Verfügung zugunsten einer Kirchenfabrik aufgenommen wurde, benachrichtigt den Pfarrer darüber.

Jede Urkunde, die eine Schenkung oder ein Legat zugunsten einer Kirchenfabrik enthält, ist dem Rendanten auszuhändigen, der dem Rat in seiner nächstfolgenden Sitzung darüber berichtet. Die Urkunde ist dem Bischof oder dem Zentralrat mit den Bemerkungen des Rates vorzulegen.

Eine Kirchenfabrik darf eine Schenkung oder ein Legat nur annehmen mit Ermächtigung:

- des Bischofs bzw. des Zentralrates, wenn der Betrag 10.000 EUR nicht überschreitet;
- der Regierung, die nach Gutachten des Bischofs bzw. des Zentralrates entscheidet, wenn der Betrag 10.000 EUR überschreitet.

## Öffentliche Aufträge

**Art. 26** - § 1 - Der Rat bestimmt das Verfahren für die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und legt deren Bedingungen fest.

Der Rat leitet das Verfahren ein und vergibt den Auftrag. Der Rat kann dem Gemeindegremium seiner Standortgemeinde diese Aufgabe delegieren.

§ 2 - In zwingenden Dringlichkeitsfällen infolge unvorhersehbarer Ereignisse kann der Präsident oder sein Stellvertreter aus eigener Initiative die in Absatz 1 erwähnten Befugnisse des Rates ausüben.

Sein Beschluss wird dem Rat mitgeteilt, der ihn in seiner folgenden Sitzung ratifiziert.

KAPITEL III — *Finanzielle Verwaltung*

## Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen

## Auftrag an die Regierung

**Art. 27** - Die Regierung legt die allgemeine Buchführungsordnung der Kirchenfabriken sowie die Muster der Haushaltspläne und der Jahresrechnungen nach Gutachten des Bischofs und des Zentralrates fest.

Das Finanzjahr entspricht einem Ziviljahr.

## Einnahmen

**Art. 28** - Die Einnahmen einer Kirchenfabrik umfassen:

1. die Erträge aus den Gütern, die der Kirchenfabrik gehören oder die ihr zustehen;
2. die Schenkungen, Legate, Stiftungen, Renten sowie alle Zuwendungen, die zur Schaffung der materiellen Bedingungen für die Ausübung des Kultes bestimmt sind;
3. die Erträge aus den Kollekten, Opferstöcken und Opfern zur Deckung der Kosten des Kultes;
4. die außergewöhnlichen Zuschüsse, Subventionen oder Erträge, die zur Schaffung der materiellen Bedingungen für die Ausübung des Kultes bestimmt sind;
5. die Beteiligungen der Gemeinde(n), die dazu bestimmt sind, die in Artikel 29 erwähnten Lasten und Ausgaben zu decken, wenn die Einnahmen nicht ausreichen;
6. alle anderen Einnahmen, die zur Schaffung der materiellen Bedingungen für die Ausübung des Kultes bestimmt sind.

## Ausgaben und Lasten

**Art. 29** - § 1 - Die Kirchenfabrik trägt folgende Ausgaben und Lasten:

1. die Entlohnung des Personals der Kirchenfabrik und die dazugehörigen Ausgaben;
2. die notwendigen Kosten für die Ausübung des Kultes, insbesondere die Kosten der Gebäude, die für die Ausübung des Kultes bestimmt sind sowie die für die Organisation und Funktionsweise des Kultes erforderlichen Kosten;
3. die Reparaturen an den Kultusgebäuden;
4. die Rückzahlung des Kapitals und der Zinsen der für den Ankauf oder den Erhalt der Güter der Kirchenfabrik aufgenommenen Anleihen;
5. alle anderen Ausgaben mit Bezug auf die Güter, die der Kirchenfabrik gehören oder die ihr zustehen.

Die Kirchenfabrik kann dem Rendanten eine Entschädigung gewähren, die 5% der gewöhnlichen Einnahmen nach Abzug des Gemeindegremiums nicht überschreiten darf.

§ 2 - Zur Deckung der unter § 1 Nr. 3 erwähnten Kosten kann die Kirchenfabrik gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen einen Investitionsfonds anlegen. Die darin verbuchten Beträge werden nicht bei der Berechnung des in Artikel 28 Nr. 5 erwähnten jährlichen Gemeindegremiums berücksichtigt.



## Konzertierung

**Art. 30 - § 1** - Ein Mal pro Jahr findet auf Gemeindeebene eine Konzertierung statt mit allen katholischen Kirchenfabriken.

Die Protokolle dieser Konzertierung werden der Regierung und dem Bischof übermittelt.

**§ 2** - Ein Mal pro Jahr findet eine Konzertierung statt zwischen den protestantischen Kirchenverwaltungen und ihren Standortgemeinden, zu der Vertreter aller beteiligten Gemeinden eingeladen werden.

Die Protokolle dieser Konzertierung werden der Regierung und dem Zentralrat übermittelt.

## Mehrjahresplan

**Art. 31** - Der Rat verabschiedet zu Beginn der Legislaturperiode eines Gemeinderates einen Mehrjahresplan. Dieser wird mit der Gemeinde konzertiert und der Regierung und dem Bischof oder dem Zentralrat zur Kenntnisnahme übermittelt.

Dieser Mehrjahresplan, der jährlich aktualisiert werden kann, beinhaltet die Liste der in einem bestimmten Zeitraum durchzuführenden notwendigen größeren Instandsetzungsarbeiten an allen von einer Kirchenfabrik verwalteten Immobilien. Die Aktualisierungen sind der Regierung und dem Bischof zu übermitteln.

## Abschlussrechnung

**Art. 32** - Wenn ein neuer Rendant sein Amt antritt, tritt der Rat binnen einem Monat zusammen. Auf dieser Sitzung ist dem neuen Rendanten von seinem Vorgänger oder dessen Stellvertreter über Einnahmen und Ausgaben Jahresrechnung zu legen ohne spätere Verantwortlichkeit. Auch werden dem neuen Rendanten eine Abschrift des Haushaltsplans des laufenden Rechnungsjahres, eine Abschrift des Diözesantarifs, ein Verzeichnis der einzutreibenden Außenstände oder der vorzunehmenden Einnahmen, ein Verzeichnis der nicht abgetragenen Lasten und unbezahlten Lieferungen sowie alle Buchführungsregister und sonstigen Unterlagen, die die Kirchenfabrik betreffen, übergeben.

Über diese Jahresrechnungslegung und diese Übergabe ist ein Protokoll ins Register der Beratungen aufzunehmen. Je eine Kopie dieses Protokolls ist dem Gemeinderat, dem Bischof und der Regierung zu übermitteln.

Erfolgt der Jahresrechnungsabschluss nicht innerhalb der in Absatz 1 vorgesehenen Frist oder wird dieser beanstandet, schließt die Regierung die Jahresrechnungen ab.

Die Eintreibung einer jeden als Saldo einer Jahresrechnung geschuldeten Summe erfolgt auf dem Wege der Zwangsvollstreckung, welche vom neuen Rendanten beantragt, vom Präsidenten des Rates beglaubigt und von der Regierung mit dem Vollstreckungsbefehl versehen wird.

*Abschnitt 2* — Auf die katholischen Kirchenfabriken anwendbare Bestimmungen

## Billigung der Haushalte und der Jahresrechnungen

**Art. 33** - Die Haushaltspläne der Kirchenfabriken, deren Abänderungen und die Jahresrechnungen unterliegen der Billigung des Gemeinderates.

## Verabschiedung der Haushalte und Jahresrechnungen

**Art. 34** - Die Haushaltspläne sind der Gemeinde vor dem 15. August des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, in vierfacher Ausfertigung und unter Beifügung aller Belege zu übermitteln.

Die Jahresrechnungen sind der Gemeinde vor dem 10. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, in vierfacher Ausfertigung und unter Beifügung aller Belege zu übermitteln.

Das Gemeindegremium übermittelt dem Bischof die vollständigen Akten.

## Befugnisse des Bischofs

**Art. 35** - Der Bischof beschließt endgültig über die Ausgaben in Bezug auf die Ausübung des Kultes, begutachtet den restlichen Haushaltsplan, die Abänderung oder die Jahresrechnung und übermittelt dem Gemeinderat die vollständige Akte binnen 45 Tagen.

Liegt nach Ablauf dieser Frist keine Stellungnahme vor, kann man diese Formalität außer Acht lassen.

## Befugnisse des Gemeinderates

**Art. 36** - Mit Ausnahme der Ausgabenartikel in Bezug auf die Ausübung des Kultes kann der Gemeinderat Einnahmenvoranschläge und Ausgabenposten eintragen, verringern, erhöhen oder streichen und materielle Irrtümer berichtigen.

Der Gemeinderat entscheidet über die Billigung beziehungsweise die Ablehnung sowie gegebenenfalls über die gemäß Absatz 1 erfolgten Anpassungen innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach der in Artikel 34 Absatz 3 erwähnten Zustellung der vollständigen Akte. Der Gemeinderat kann die Frist, über die er zur Ausübung seiner Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um 45 Tage verlängern. Diese Verlängerung kann auch vom Gemeindegremium beschlossen werden. Dieser Beschluss wird dem Gemeinderat in seiner nächstfolgenden Sitzung zur Ratifizierung vorgelegt.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt die Billigung als erteilt.

## Notifizierung

**Art. 37** - Je eine den Beschluss des Gemeinderates enthaltende Ausfertigung der Haushaltspläne, der Haushaltsabänderungen und der Jahresrechnungen wird umgehend an den Bischof, die Kirchenfabrik und an die Regierung gesandt. Die vierte Ausfertigung wird in den Archiven der Gemeinde aufbewahrt.

## Einspruch

**Art. 38** - Im Falle der Ablehnung oder im Falle von Abänderungen des Haushaltsplanes, der Haushaltsabänderung oder der Jahresrechnung durch den Gemeinderat können der Bischof und die Kirchenfabrik der Regierung innerhalb von 45 Tagen nach Zustellung des Gemeinderatsbeschlusses die vollständige Akte unterbreiten, damit diese endgültig darüber beschließt. Die Regierung verfügt über die in Artikel 36 Absatz 1 erwähnten Befugnisse des Gemeinderates.

Die Regierung entscheidet innerhalb einer Frist von 45 Tagen nach Zustellung der vollständigen Akte. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um dieselbe Dauer verlängern.

Je eine den Beschluss der Regierung enthaltene Ausfertigung wird umgehend an den Bischof, die interessierte Kirchenfabrik und den interessierten Gemeinderat gesandt. Die vierte Ausfertigung wird in den Archiven der Regierung aufbewahrt.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt der Gemeinderatsbeschluss als gebilligt.

#### Mehrere betroffene Gemeinden

**Art. 39** - Falls die Pfarre mehrere Gemeinden oder mehrere Teile von Gemeinden umfasst, wird jeder interessierten Gemeinde eine Abschrift der in Artikel 34 erwähnten Unterlagen zugestellt. In diesem Fall übt der Gemeinderat des Kirchenfabriksitzes die in Artikel 36 des vorliegenden Dekretes vorgesehenen Befugnisse nach positivem Gutachten der anderen betroffenen Gemeinderäte aus.

Bei Uneinigkeit entscheidet die Regierung innerhalb einer Frist von 45 Tagen nach Zustellung der vollständigen Akte. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um dieselbe Dauer verlängern.

Die Korrespondenzschriftstücke werden durch Vermittlung der Gemeindeverwaltung des Kirchensitzes übersandt.

#### Inverzugsetzung

**Art. 40** - Ist der Haushaltsplan oder die Jahresrechnung nicht an den gemäß Artikel 34 des vorliegenden Dekretes festgesetzten Zeitpunkten eingereicht oder verweigert die Kirchenfabrik die Abgabe der rechtfertigenden Belege oder Auskünfte, die vom Gemeinderat angefordert wurden, so fordert das Gemeindegremium diese per Einschreibebrief hierzu auf und benachrichtigt den Bischof.

Hat der Rat den Haushaltsplan oder die Jahresrechnung nicht binnen 20 Tagen nach dieser Inverzugsetzung eingereicht, legt der Gemeinderat den Haushaltsplan oder die Jahresrechnung an dessen Stelle fest. Der Gemeinderat informiert die Kirchenfabrik darüber und übermittelt dem Bischof unverzüglich die vollständige Akte. Der Bischof beschließt endgültig über die Ausgaben in Bezug auf die Ausübung des Kultes, erteilt sein Gutachten und übermittelt der Regierung die vollständige Akte binnen 45 Tagen nach deren Zustellung zur Billigung.

Die Regierung entscheidet innerhalb einer Frist von 45 Tagen nach Zustellung der vollständigen Akte. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um dieselbe Dauer verlängern.

Je eine den Beschluss der Regierung enthaltene Ausfertigung wird umgehend an den Bischof, die Kirchenfabrik und die Gemeinde gesandt. Die vierte Ausfertigung wird in den Archiven der Regierung aufbewahrt.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses der Regierung gilt der Gemeinderatsbeschluss als gebilligt.

#### *Abschnitt 3* — Auf die protestantischen Kirchenverwaltungen anwendbare Bestimmungen

##### Haushalt und Jahresrechnung

**Art. 41** - § 1 - Die Haushaltspläne, deren Abänderungen und die Jahresrechnungen unterliegen der Billigung der Regierung.

Die Haushaltspläne sind der Regierung vor dem 15. August des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, in neunfacher Ausfertigung und unter Beifügung aller Belege zu übermitteln.

Die Jahresrechnungen sind der Regierung vor dem 10. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, in neunfacher Ausfertigung und unter Beifügung aller Belege zu übermitteln.

Die Regierung leitet die Akten an die betroffenen Gemeinderäte und an den Zentralrat weiter.

§ 2 - Der Zentralrat beschließt endgültig über die Ausgaben in Bezug auf die Ausübung des Kultes, begutachtet den restlichen Haushaltsplan, die Abänderung oder die Jahresrechnung und übermittelt der Regierung die vollständige Akte binnen 60 Tagen nach deren Zustellung.

Die betroffenen Gemeinderäte begutachten den Haushaltsplan, die Abänderung oder die Jahresrechnung und übermitteln der Regierung die vollständige Akte binnen 60 Tagen nach deren Zustellung.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses kann man diese Formalität außer Acht lassen.

§ 3 - Mit Ausnahme der Ausgabenartikel in Bezug auf die Ausübung des Kultes kann die Regierung Einnahmenvoranschläge und Ausgabenposten eintragen, verringern, erhöhen oder streichen und materielle Irrtümer berichtigen.

Die Regierung entscheidet innerhalb einer Frist von 100 Tagen ab der in § 1 Absatz 4 erwähnten Zustellung der Akte. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um 30 Tage verlängern.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt die Billigung als erteilt.

§ 4 - Je eine den Beschluss der Regierung enthaltene Ausfertigung wird an den Zentralrat, die Kirchenverwaltung und an die betroffenen Gemeinden gesandt. Eine weitere Ausfertigung wird in den Archiven der Regierung aufbewahrt.

§ 5 - Ist der Haushaltsplan oder die Jahresrechnung nicht an den gemäß § 1 festgesetzten Zeitpunkten eingereicht oder verweigert die Kirchenverwaltung die Abgabe der rechtfertigenden Belege oder Auskünfte, so fordert die Regierung sie per Einschreibebrief hierzu auf und benachrichtigt den Zentralrat.

Hat der Verwaltungsrat den Haushaltsplan oder die Jahresrechnung nicht binnen 20 Tagen nach dieser Inverzugsetzung eingereicht, legt die Regierung den Haushaltsplan oder die Jahresrechnung an dessen Stelle fest. Die Regierung leitet die Akten dann an die betroffenen Gemeinderäte und an den Zentralrat weiter, wonach die §§ 2 bis 4 Anwendung finden.

#### KAPITEL IV — *Schlussbestimmungen*

##### Aufhebungs- und Abänderungsbestimmung

**Art. 42** - Sind aufgehoben, was die durch vorliegendes Dekret geregelten Bereiche betrifft:

1. das Gesetz vom 18. Germinal Jahr X über die Organisation der Kulte;
2. das Kaiserliche Dekret vom 30. Dezember 1809 über die Kirchenfabriken, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Dezember 2004;
3. im Gesetz vom 4. März 1870 über die weltlichen Güter der Kulte;

— die Artikel 1-17<sup>quater</sup>, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Dezember 2004,

— die Artikel 18-19, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Januar 2006, insofern sie die protestantischen Kirchenverwaltungen betreffen;

4. der Königliche Erlass vom 16. August 1824, der besagt, dass die Kirchenfabriken nichts beschließen dürfen, das ihnen nicht durch bestehende Gesetze, Erlasse und Verordnungen zugewiesen wurde;

5. der Königliche Erlass vom 12. März 1849 über die Reorganisation und die teilweise Erneuerung der Kirchenfabriken;

6. der Königliche Erlass vom 7. Februar 1876 über die Organisation der Verwaltungsräte bei den protestantischen Kirchen.

In Artikel 2 Nr. 2 des Dekretes vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebietes wird die Wortfolge «der Kirchenrat, der Ausschuss der Kirchenpfleger» durch folgende die Wortfolge «der Kirchenfabrikat bzw. der Verwaltungsrat der Kirchenfabriken» ersetzt.

Übergangsbestimmung zu den Artikeln 6 und 7

**Art. 43** - Alle bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes bestehenden anerkannten Pfarren und Kirchenfabriken bleiben mit ihrem Einzugsgebiet erhalten.

Übergangsbestimmung zu Artikel 9

**Art. 44** - Die Mitgliederzahl aller bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes amtierenden Räte bleibt unverändert.

Übergangsbestimmung zu den Artikeln 10 und 11

**Art. 45** - Die bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes amtierenden Kirchenfabrikräte werden gemäß ihrem gewöhnlichen Rhythmus erneuert.

Die sich im Amt befindlichen Präsidenten, Sekretäre und Rendanten bleiben im Amt bis zur erstfolgenden teilweisen Erneuerung der Räte.

Übergangsbestimmung zu Artikel 13

**Art. 46** - In Abweichung zu Artikel 13 können die Pfarrer, die bei Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes das Amt des Sekretärs wahrnehmen, ihr Amt bis zur nächsten teilweisen Erneuerung der Räte ausüben.

Übergangsbestimmung zu Artikel 14

**Art. 47** - Die in Artikel 14 erwähnte Geschäftsordnung ist der Regierung binnen 6 Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes zur Billigung vorzulegen.

Übergangsbestimmung zu Artikel 24

**Art. 48** - Die Kirchenfabriken verfügen über eine Frist von 3 Jahren ab Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes, um die in Artikel 24 erwähnte Inventare zu erstellen.

Inkrafttreten

**Art. 49** - Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 19. Mai 2008

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für lokale Behörden.

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus.

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung.

Frau I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport.

—  
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2007-2008: Dokumente des Parlamentes.* — 118 (2007-2008) Nr. 1: Dekretentwurf. — 118 (2007-2008) Nr. 2: Abänderungsvorschläge. — 118 (2007-2008) Nr. 3: Bericht.

*Ausführlicher Bericht.* — Diskussion und Abstimmung, Sitzung vom 19. Mai 2008.



## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 2897

[C — 2008/33067]

**19 MAI 2008. — Décret relatif à l'organisation matérielle et au fonctionnement des cultes reconnus**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

## Définitions

**Article 1<sup>er</sup>.** Au sens du présent décret, l'on entend par :

- l'évêque : l'évêque catholique romain compétent pour les paroisses de la région de langue allemande;
- Conseil central : le conseil administratif du culte protestant-évangélique;
- fabrique d'église : l'institution chargée de la gestion du temporel des cultes;
- Conseil : le Conseil de fabrique d'église catholique ou le conseil de l'administration fabricienne protestante;
- Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;
- commune : la commune dans laquelle la fabrique d'église a son siège ou les communes au territoire desquelles s'étend la circonscription territoriale d'une fabrique d'église;
- documents justificatifs : tous documents ou annexes pouvant étayer une décision.

## Computation des délais

**Art. 2.** Les délais sont calculés en jours calendrier.

Un délai court à partir de la notification du dossier; c'est le cachet de la poste ou, en cas de remise de la main à la main, l'accusé de réception qui fait foi. Le jour où expire un délai est compris dans ce délai. Si ce jour coïncide avec un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est reporté au jour ouvrable suivant.

Sont considérés comme jours fériés au sens du présent décret : le jour du nouvel an, le « Altweiberdonnerstag » (jeudi des vieilles femmes), le « Rosenmontag » (lundi des roses), le lundi de Pâques, le 1<sup>er</sup> mai, l'Ascension, le lundi de Pentecôte, le 21 juillet, le 15 août, les 1<sup>er</sup>, 2, 11 et 15 novembre, les 25 et 26 décembre, ainsi que les jours fixés par décret ou arrêté du Gouvernement.

## Notifications

**Art. 3.** Toute décision du Gouvernement est notifiée à la fabrique d'église concernée ainsi qu'à la commune et à l'évêque et, le cas échéant, à la personne concernée. Sous peine de nullité, cette notification intervient au plus tard le jour où expire le délai.

Toute décision d'un conseil communal est notifiée à la fabrique d'église concernée, au Gouvernement, à l'évêque et, le cas échéant, à la personne concernée. Sous peine de nullité, cette notification intervient au plus tard le jour où expire le délai.

## Accès aux bâtiments de culte

**Art. 4.** Il est expressément défendu de percevoir un quelconque droit d'entrée pour les bâtiments de culte, sauf une éventuelle participation lors de manifestations culturelles.

## Quêtes

**Art. 5.** L'évêque ou le Conseil central règle la pratique des quêtes dans les églises.

CHAPITRE II. — *Organisation et fonctionnement*

## Reconnaissance de paroisses

**Art. 6.** Sur la proposition de l'évêque ou du Conseil central, le Gouvernement reconnaît les paroisses et leur circonscription territoriale.

Le Gouvernement détermine les conditions de reconnaissance.

## Reconnaissance de fabriques d'églises

**Art. 7.** Il y a une fabrique d'église par paroisse, à moins que deux ou plusieurs fabriques d'églises sollicitent une fusion. Le Gouvernement peut les y autoriser lorsque l'évêque ou le Conseil central a rendu un avis positif.

La fabrique d'église est une institution publique dotée de la personnalité juridique.

La fabrique d'église a son siège au presbytère. Si cela n'est pas possible, une demande doit être faite auprès du Gouvernement en vue d'établir le siège en un autre endroit présentant les mêmes caractéristiques.

## Missions des fabriques d'églises

**Art. 8.** La fabrique d'église crée les conditions matérielles nécessaires à l'exercice du culte et au maintien de la dignité de celui-ci.

Elle est compétente pour :

- l'entretien et la conservation des églises et chapelles dont elle est responsable;
- la gestion des biens et moyens financiers dont elle est propriétaire ou qui sont destinés à l'exercice du culte;
- la représentation de ses intérêts face aux autorités civiles.

## Conseil

**Art. 9.** § 1<sup>er</sup>. La fabrique d'église est gérée par un conseil composé de cinq membres élus.

Par dérogation au premier alinéa, un conseil peut être composé de neuf membres au maximum lorsque le règlement d'ordre intérieur le prévoit. Une modification du nombre de membres ne peut être décidée qu'à l'occasion d'un renouvellement partiel des conseils.

Sont en outre membres de droit du conseil :

- le curé ou pasteur, ou le représentant qu'il a désigné;
- le bourgmestre ou le représentant qu'il a désigné, qui doit absolument faire partie du conseil communal.

§ 2. Le conseil peut en tout temps inviter des personnes extérieures à participer à ses réunions. Elles auront une fonction consultative.

Le conseil est chargé de toute mission qui n'est pas expressément confiée à l'un de ses membres par le présent décret.

Une décision du conseil est notamment requise pour :

- l'adoption des budgets et comptes annuels;
- les placements de fonds ainsi que l'utilisation des moyens provenant d'opérations immobilières;
- toute dépense supérieure à 10.000 EUR et toute dépense non prévue au budget;
- l'engagement et le licenciement de personnel sur la proposition du curé ou pasteur;
- l'adoption du règlement d'ordre intérieur.

#### Election du Conseil de fabrique catholique

**Art. 10.** § 1<sup>er</sup>. Pour les nouvelles fabriques d'églises, trois membres du conseil sont désignés par l'évêque et deux par le conseil communal.

Toutefois, si une nouvelle fabrique d'église est issue de la fusion de fabriques existantes, les membres de leurs conseils respectifs élisent les membres du nouveau conseil.

§ 2. Sans préjudice de l'application du § 4, les membres du conseil sont élus pour 6 ans. Un membre sortant est rééligible.

Si un membre démissionne avant terme, les membres restants élisent un nouveau membre. Celui-ci termine le mandat de son prédécesseur.

§ 3. Le conseil sera renouvelé pour moitié tous les trois ans. Les membres qui remplacent les membres sortants sont élus par les membres restants. Si cette élection n'intervient pas dans un délai d'un mois, l'évêque et le conseil communal désignent chacun la moitié des membres à remplacer.

Lors de chaque renouvellement partiel, le conseil élit un président, un trésorier et un secrétaire. Les mandats sont renouvelables.

§ 4. Pour les nouvelles fabriques d'église, les premiers membres sortants sont tirés au sort au terme de trois ans.

Si, conformément à l'article 9, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, le Conseil décide de modifier le nombre de ses membres, les règles suivantes sont d'application afin que son renouvellement partiel prévu au § 3 puisse avoir lieu :

- en cas de réduction du nombre de membres, les membres sortants supplémentaires sont tirés au sort et le conseil fixe à trois ou six ans la durée du mandat des membres nouvellement élus;
- en cas d'augmentation du nombre de membres, le conseil fixe à trois ou six ans la durée du premier mandat des nouveaux membres.

§ 5. Toutes les élections prévues dans le présent article ont lieu au scrutin secret. En cas de parité des voix, il est procédé à un ballottage. Si la parité des voix subsiste, le plus jeune des candidats est considéré élu.

#### Election du Conseil de fabrique protestant

**Art. 11.** § 1<sup>er</sup>. Sans préjudice de l'application du § 3, les membres du conseil sont élus par les paroissiens pour une durée de six ans. Un membre sortant est rééligible.

Si un membre démissionne avant terme, les membres restants élisent un nouveau membre. Celui-ci termine le mandat de son prédécesseur.

§ 2. Le conseil doit être renouvelé pour moitié tous les trois ans.

Lors de chaque renouvellement partiel, le conseil élit un président, un trésorier et un secrétaire. Les mandats sont renouvelables.

§ 3. Pour les nouvelles fabriques d'église, les premiers membres sortants sont tirés au sort au terme de trois ans.

Si, conformément à l'article 9, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, le Conseil décide de modifier le nombre de ses membres, les règles suivantes sont d'application afin que son renouvellement partiel prévu au § 3 puisse avoir lieu :

- en cas de réduction du nombre de membres, les membres sortants supplémentaires sont tirés au sort et le conseil fixe à trois ou six ans la durée du mandat des membres nouvellement élus;
- en cas d'augmentation du nombre de membres, le conseil fixe à trois ou six ans la durée du premier mandat des nouveaux membres.

§ 4. Toutes les élections prévues dans le présent article ont lieu au scrutin secret. En cas de parité des voix, il est procédé à un ballottage. Si la parité des voix subsiste, le plus jeune des candidats est considéré élu.

#### Conditions d'éligibilité

**Art. 12.** Tout membre élu du conseil doit

- être âgé d'au moins 18 ans;
- être catholique ou protestant suivant le cas;
- être actif dans la communauté paroissiale et
- jouir des droits civils et politiques.

#### Incompatibilités

**Art. 13.** Le curé ou pasteur, ou leur représentant, le bourgmestre ou son représentant et les échevins de la commune ainsi que le personnel de la fabrique d'église ne peuvent exercer les mandats de président, trésorier ou secrétaire.

A l'exception des membres de droit, les membres du conseil ne peuvent être parents ou alliés jusqu'au deuxième degré inclus, ni être mariés ensemble ou cohabiter légalement.

L'alliance survenue ultérieurement entre mandataires n'emporte pas révocation. Il n'en est pas de même du mariage ou de la cohabitation légale entre mandataires.

L'alliance est censée dissoute par le décès de la personne du chef de laquelle elle provient.

#### Règlement d'ordre intérieur

**Art. 14.** § 1<sup>er</sup>. Le conseil se dote d'un règlement d'ordre intérieur réglant au moins les aspects suivants :

- le nombre de membres du conseil;
- les représentations en cas d'absence temporaire;
- le mode de convocation aux réunions;
- les modalités de vote;
- les modalités de modification du règlement d'ordre intérieur.

Le cas échéant, il règle également :

- la possibilité de voter par procuration;
- la délégation de missions;
- la limitation des compétences du trésorier.

Ce règlement d'ordre intérieur rédigé conformément au modèle établi par le Gouvernement lui est transmis dans les 20 jours de son adoption pour approbation.

§ 2. Le Gouvernement accuse réception du dossier et le transmet sans délai à l'évêque ou au Conseil central pour avis.

L'évêque ou le Conseil central transmet son avis au Gouvernement dans les 40 jours.

A défaut d'avis dans le délai imparti, il est passé outre à l'absence d'avis.

§ 3. Le Gouvernement statue sur l'approbation ou le rejet dans un délai de 80 jours à dater de la notification mentionnée au § 2, alinéa 1. A défaut de décision dans le délai imparti, le dossier est censé être approuvé.

#### Missions du président

**Art. 15.** Le président a pour missions :

- 1° de convoquer aux réunions et de les présider;
- 2° de représenter la fabrique d'église dans tous les actes judiciaires et extrajudiciaires;
- 3° d'exécuter les décisions du conseil; il peut toutefois déléguer des missions à certains membres;
- 4° de signer les décisions, la correspondance et le registre des actes avec le secrétaire;
- 5° de représenter la fabrique d'église en justice pour toutes les plaintes déposées contre elle. Il intente les actions en référé et les actions possessoires; il mène toutes les actions pour le maintien du droit et pour l'interruption de la prescription ou de la caducité. Il peut déléguer ces missions à un autre membre du conseil lorsque le règlement d'ordre intérieur le prévoit.

Toutes les autres actions où la fabrique est demanderesse ne peuvent être intentées par le président que moyennant autorisation du conseil.

#### Missions du secrétaire

**Art. 16.** Le secrétaire a pour missions :

- 1° de rédiger les décisions du conseil;
- 2° de tenir le registre des actes;
- 3° d'inscrire tous les actes de fondation et de propriété ainsi que des contrats de bail et de bail à ferme dans un grand-livre, en indiquant les revenus et les charges;
- 4° de transmettre aux autorités tous les documents nécessaires;
- 5° d'établir et actualiser l'inventaire;
- 6° de tenir les archives.

Les missions prévues aux points 5 et 6 peuvent être confiées à un autre membre du conseil si le règlement d'ordre intérieur le prévoit.

Le secrétaire signe les décisions, la correspondance et le registre des actes avec le président.

#### Missions du trésorier

**Art. 17.** Le trésorier a pour missions :

- 1° de recouvrer toutes les sommes dues à la fabrique d'église, d'apurer les dettes et de gérer les fonds;
- 2° d'assurer la gestion quotidienne dans le cadre du budget ordinaire;
- 3° de tenir la comptabilité;
- 4° de préparer le budget ainsi que le plan pluriannuel;
- 5° de préparer la reddition des comptes annuels;
- 6° d'exécuter toutes les fondations selon les volontés des fondateurs.

Une fois par trimestre, le trésorier soumet au conseil un état des recettes et dépenses de la fabrique d'église pour les trois mois écoulés, qu'il aura signé et déclaré exact.

## Fréquence des réunions

**Art. 18.** Le conseil se réunit aussi souvent que les intérêts de la fabrique d'église l'exigent, en tout cas une fois par trimestre.

Les réunions se tiennent à huis clos.

## Modalités de vote

**Art. 19.** § 1<sup>er</sup>. Le conseil ne délibère valablement que si plus de la moitié des membres sont présents; les décisions sont prises à la majorité des membres ayant voix délibérative.

Si le quorum de présences n'est pas atteint, une deuxième réunion peut être convoquée avec le même ordre du jour; elle pourra délibérer valablement à la majorité des membres, quel que soit leur nombre. Les deux réunions se dérouleront à au moins huit jours d'intervalle.

§ 2. Un vote séparé a lieu pour tout engagement d'un membre du personnel.

Si, lors de l'engagement de candidats, la majorité requise n'est pas atteinte au premier tour de scrutin, il y aura ballottage entre les candidats ayant obtenu le plus de voix.

L'engagement est décidé à la majorité des voix. En cas de parité, la voix du président est prépondérante.

## Interdictions

**Art. 20.** Des membres du conseil ne peuvent prendre part à des délibérations auxquelles ils ont un intérêt direct ou qui les concernent personnellement ou concernent des personnes avec lesquelles ils sont parents ou alliés jusqu'au deuxième degré inclus ou avec lesquelles ils sont mariés ou cohabitent légalement.

Il est interdit aux membres du conseil :

1° de participer directement ou indirectement à toute prestation, fourniture ou passation de marché au nom de la fabrique d'église;

2° d'intervenir comme avocat, notaire ou homme d'affaires dans les procès dirigés contre la fabrique d'église. Ils ne pourront, en la même qualité, plaider, aviser ou suivre aucune affaire litigieuse dans l'intérêt de la commune la fabrique d'église;

3° d'intervenir en qualité de conseil pour un membre du personnel dans des affaires disciplinaires.

## Administration et disponibilité des biens

**Art. 21.** § 1<sup>er</sup>. Les maisons et terrains propriété de la fabrique d'église sont donnés en location ou régis par le conseil dans la forme prescrite pour les biens communaux.

Le conseil fixe les conditions de location ou de fermage ainsi que les conditions pour toute autre utilisation des produits et revenus de la propriété et des droits de la fabrique.

§ 2. Pour conclure des opérations immobilières supérieures à 10.000 EUR, ainsi que des contrats de location ou de fermage supérieurs à 9 ans, l'avis de l'évêque ou du Conseil central et de la commune ainsi que l'autorisation du Gouvernement sont nécessaires.

A défaut d'avis dans le délai imparti, il est passé outre l'absence d'avis.

Le Gouvernement dispose d'un délai de quarante-cinq jours à dater de la réception du dossier complet pour donner son autorisation. Il peut prolonger au plus une fois, et pour une durée égale, le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

A défaut de décision dans le délai imparti, l'autorisation est censée être accordée.

## Restrictions

**Art. 22.** L'avis favorable de l'évêque ou du Conseil central et celui de la commune ainsi que l'autorisation du Gouvernement sont requis pour :

- ériger de nouvelles églises ou autres bâtiments de culte;
- transformer ou agrandir des églises ou autres bâtiments de culte;
- modifier l'ordonnancement intérieur des églises ou autres bâtiments de culte;
- enlever, restaurer ou aliéner des objets d'art ou des objets de valeur historique, à moins qu'ils ne soient la propriété de personnes ou sociétés privées.

## Presbytère

**Art. 23.** Lors de l'installation d'un curé ou pasteur ou d'un desservant, il sera procédé à un état des lieux du presbytère et de ses dépendances, aux frais de la commune et à l'initiative du bourgmestre. Le curé ou pasteur ou le desservant n'intervient que pour les petits travaux d'entretien et de réparation incombant au locataire, ainsi que pour les détériorations qui lui seraient imputables. Les mêmes charges incombent au curé ou pasteur ou au desservant sortant, à ses héritiers ou ayants droit.

## Inventaires

**Art. 24.** La fabrique d'église dispose de deux inventaires : un sur les objets mobiliers de l'église et un sur les titres, papiers et renseignements, avec mention des biens contenus dans chaque titre, du revenu qu'ils produisent ainsi que de la fondation à la charge de laquelle les biens ont été donnés à la fabrique.

Ces inventaires doivent être actualisés annuellement.

## Dons et legs

**Art. 25.** Tout notaire devant lequel est passé un acte contenant donation entre vifs ou disposition testamentaire au profit d'une fabrique en informe le curé ou pasteur.

Tout acte contenant des dons ou legs à une fabrique sera remis au trésorier qui en fera son rapport à la prochaine séance du conseil. Cet acte sera adressé à l'évêque ou au Conseil central avec les observations du conseil de fabrique.

Une fabrique d'église ne peut accepter un don ou legs que sur autorisation

- de l'évêque ou du Conseil central, si le montant ne dépasse pas 10.000 EUR;

— du Gouvernement qui prendra la décision, sur avis de l'évêque ou du Conseil central, si le montant est supérieur à 10.000 EUR.

#### Marchés publics

**Art. 26.** § 1<sup>er</sup>. Le conseil fixe la procédure et les conditions d'attribution des marchés de travaux, fournitures et services.

Le conseil lance la procédure et attribue le marché. Il peut charger de cette mission le collègue communal de la commune siège de la fabrique.

§ 2. En cas d'urgence à la suite d'événements imprévisibles, le président ou son suppléant peut, d'initiative, exercer les compétences du conseil mentionnées au premier alinéa.

Sa décision est communiquée au conseil, qui la ratifie lors de sa prochaine séance.

#### CHAPITRE III. — *Gestion financière*

##### Section 1<sup>re</sup>. — Dispositions générales

##### Mission confiée au Gouvernement

**Art. 27.** Le Gouvernement établit le règlement général de la comptabilité des fabriques d'église ainsi que les modèles de budgets et de comptes annuels sur avis de l'évêque et du Conseil central.

L'année financière correspond à une année civile.

#### Recettes

**Art. 28.** Les recettes d'une fabrique d'église comprennent :

- 1° les produits des biens appartenant ou revenant à la fabrique;
- 2° les dons, legs, fondations, rentes ainsi que tous les subsides destinés à créer les conditions matérielles pour l'exercice du culte;
- 3° les produits des quêtes, des tronc et collectes pour couvrir les frais du culte;
- 4° les subsides, subventions ou produits exceptionnels destinés à créer les conditions matérielles pour l'exercice du culte;
- 5° le subside communal destiné à couvrir les charges et dépenses mentionnées à l'article 29, lorsque les recettes sont insuffisantes;
- 6° toutes les autres recettes destinées à créer les conditions matérielles pour l'exercice du culte.

#### Dépenses et charges

**Art. 29.** § 1<sup>er</sup>. La fabrique d'église supporte les dépenses et charges suivantes :

- 1° la rémunération du personnel de la fabrique et les dépenses y afférentes;
- 2° les frais nécessaires à l'exercice du culte, notamment les frais relatifs aux bâtiments affectés à l'exercice du culte, ainsi que les frais inhérents à l'organisation et au fonctionnement du culte;
- 3° les réparations aux bâtiments de culte;
- 4° le remboursement du capital et des intérêts des emprunts contractés pour l'achat ou la conservation des biens de la fabrique;
- 5° toutes les autres dépenses relatives aux biens appartenant ou revenant à la fabrique.

La fabrique d'église peut accorder au trésorier une indemnité qui ne peut dépasser 5 % des recettes habituelles, déduction faite du subside communal.

§ 2. Pour couvrir les frais mentionnés au § 1<sup>er</sup>, 3°, la fabrique peut constituer un fonds d'investissement conformément aux dispositions fixées par le Gouvernement. Les montants y enregistrés ne sont pas pris en considération pour le calcul du subside communal annuel mentionné à l'article 28, 5°.

#### Concertation

**Art. 30.** § 1<sup>er</sup>. Une concertation au niveau communal, réunissant toutes les fabriques d'églises catholiques, a lieu chaque année.

Les procès-verbaux de cette concertation sont transmis au Gouvernement et à l'évêque.

§ 2. Une concertation entre les administrations fabriennes protestantes et leurs communes d'implantation à laquelle participent des représentants toutes les communes concernées a lieu chaque année.

Les procès-verbaux de cette concertation sont transmis au Gouvernement et au Conseil central.

#### Plan pluriannuel

**Art. 31.** En début de législature d'un conseil communal, le conseil arrête un plan pluriannuel en concertation avec la commune et le Gouvernement; ce plan est transmis pour information à l'évêque ou au Conseil central.

Ce plan pluriannuel, qui peut être actualisé chaque année, contient la liste des travaux de remise en état plus importants, qu'il faudra réaliser dans un certain laps de temps à tous les biens immobiliers gérés par une fabrique. Les actualisations sont transmises au Gouvernement et à l'évêque.

#### Compte de clôture

**Art. 32.** Lorsqu'un nouveau trésorier entre en fonction, le conseil se réunit dans le mois. Au cours de cette séance, il est rendu, par son prédécesseur ou les représentants de celui-ci, un compte de cleric à maître. On remet également au nouveau trésorier une copie du budget de l'exercice courant, une copie du tarif diocésain, un état de reprises ou des recettes à faire, le tableau des charges et fournitures non acquittées, ainsi que tous les registres de la comptabilité et autres documents concernant la fabrique d'église.

Acte de cette reddition de compte et de ces remises est tenu sur le registre aux délibérations. Il en est donné copie au conseil communal, à l'évêque et au Gouvernement.

A défaut de reddition des comptes annuels dans le délai prévu au premier alinéa ou en cas de contestation, le compte est arrêté par le Gouvernement.



Le recouvrement de toute somme due pour reliquat de compte est poursuivi par voie de contrainte décernée par le nouveau trésorier, visée par le président du conseil et munie de l'exécutoire du Gouvernement.

*Section 2. — Dispositions applicables aux fabriques d'église catholiques*

*Approbation des budgets et comptes annuels*

**Art. 33.** Les budgets des fabriques d'églises, leurs modifications ainsi que les comptes annuels sont soumis à l'approbation du conseil communal.

*Adoption des budgets et comptes annuels*

**Art. 34.** Les budgets sont transmis à la commune avant le 15 août de l'année précédant l'exercice budgétaire, en quatre exemplaires et accompagnés de toutes les pièces justificatives.

Les comptes annuels sont transmis à la commune avant le 10 avril de l'année suivant l'exercice budgétaire, en quatre exemplaires et accompagnés de toutes les pièces justificatives.

Le collège communal transmet les dossiers complets à l'évêque.

*Compétences de l'évêque*

**Art. 35.** L'évêque arrête définitivement les dépenses relatives à l'exercice du culte, rend un avis sur les autres points du budget, la modification budgétaire ou le compte annuel et transmet le dossier complet au conseil communal dans les 45 jours de sa réception.

A défaut d'avis dans le délai imparti, il est passé outre l'absence d'avis.

*Compétences du conseil communal*

**Art. 36.** A l'exception des articles budgétaires de dépenses relatifs à l'exercice du culte, le conseil communal peut inscrire, diminuer, augmenter ou rayer des prévisions de recettes ainsi que des articles de dépenses et corriger des erreurs matérielles.

Le conseil communal statue sur l'approbation ou le refus voire sur les modifications éventuelles apportées conformément à l'alinéa 1 dans un délai de 90 jours suivant la notification du dossier complet mentionnée à l'article 34, alinéa 3. Il peut une fois au plus prolonger de 45 jours le délai dont il dispose pour exercer sa compétence. Cette prolongation peut également être décidée par le collège communal. Cette décision est soumise au conseil communal pour ratification lors de sa séance suivante.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, l'approbation est censée avoir été donnée.

*Notification*

**Art. 37.** Toute expédition des budgets, modifications budgétaires et comptes annuels mentionnant la décision du conseil communal est immédiatement envoyée à l'évêque, à la fabrique d'église et au Gouvernement. La quatrième expédition est conservée dans les archives communales.

*Recours*

**Art. 38.** Si le budget, la modification budgétaire ou le compte annuel sont rejetés ou modifiés par le conseil communal, l'évêque et la fabrique d'église peuvent, dans les quarante-cinq jours suivant la notification de la décision du conseil communal, soumettre le dossier complet au Gouvernement afin que celui-ci statue définitivement. Le Gouvernement dispose des compétences du conseil communal mentionnées à l'article 36, alinéa 1.

Le Gouvernement statue dans un délai de 45 jours suivant la notification du dossier complet. Il peut prolonger au plus une fois, et pour une durée égale, le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

Toute expédition mentionnant la décision du Gouvernement est immédiatement envoyée à l'évêque ainsi qu'à la fabrique d'église et au conseil communal concernés. La quatrième expédition est conservée dans les archives du Gouvernement.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, la décision du conseil communal est censée être approuvée.

*Paroisses relevant de plusieurs communes*

**Art. 39.** Si la paroisse comprend plusieurs communes ou plusieurs parties de communes, un double des documents visés à l'article 34 est communiqué à chaque commune intéressée. Dans ce cas, c'est le conseil communal de la commune siège de la fabrique d'église qui exerce les compétences prévues à l'article 36 du présent décret, sur avis positif des autres conseils communaux concernés.

En cas de désaccord, c'est le Gouvernement qui prend la décision dans un délai de 45 jours suivant la notification du dossier complet. Il peut prolonger une fois au plus, et pour une durée égale, le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

La correspondance est transmise par l'intermédiaire de l'administration communale de la commune siège de l'église.

*Mise en demeure*

**Art. 40.** Si le budget ou le compte annuel n'est pas remis aux époques fixées à l'article 34 du présent décret, ou si la fabrique refuse de fournir les pièces ou informations justificatives qui lui sont demandées par le conseil communal, le collège communal lui adresse une invitation par lettre recommandée et en informe l'évêque.

Si le conseil de fabrique n'a pas introduit le budget ou le compte annuel dans les 20 jours suivant cette mise en demeure, le conseil communal peut arrêter le budget ou le compte annuel en lieu et place du conseil de fabrique. Le conseil communal en informe la fabrique d'église et transmet immédiatement le dossier complet à l'évêque. L'évêque arrête définitivement les dépenses relatives à l'exercice du culte, émet son avis et, dans les 45 jours de la notification du dossier complet, le transmet au Gouvernement pour approbation.

Le Gouvernement statue dans un délai de 45 jours suivant la notification du dossier complet. Il peut prolonger au plus une fois, et pour une durée égale, le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

Toute expédition mentionnant la décision du Gouvernement est immédiatement envoyée à l'évêque ainsi qu'à la fabrique d'église et à la commune. La quatrième expédition est conservée dans les archives du Gouvernement.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, la décision du conseil communal est censée être approuvée.

## Section 3. — Dispositions applicables aux administrations fabriennes protestantes

## Budgets et comptes annuels

**Art. 41.** § 1<sup>er</sup>. Les budgets, leurs modifications ainsi que les comptes annuels sont soumis à l'approbation du Gouvernement.

Les budgets seront transmis au Gouvernement avant le 15 août de l'année précédant l'exercice budgétaire, en neuf exemplaires et accompagnés de toutes les pièces justificatives.

Les comptes annuels seront transmis au Gouvernement avant le 10 avril de l'année suivant l'exercice budgétaire, en neuf exemplaires et accompagnés de toutes les pièces justificatives.

Le Gouvernement transmet les dossiers aux conseils communaux concernés et au Conseil central.

§ 2. Le Conseil central arrête définitivement les dépenses relatives à l'exercice du culte, rend un avis sur les autres points du budget, la modification budgétaire ou le compte annuel et transmet le dossier complet au Gouvernement dans les 60 jours de sa notification.

Les conseils communaux concernés rendent un avis sur le budget, la modification budgétaire ou le compte annuel et transmettent le dossier complet au Gouvernement dans les 60 jours de sa notification.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, il est passé outre l'absence de décision.

§ 3. A l'exception des articles budgétaires de dépenses relatifs à l'exercice du culte, le Gouvernement peut inscrire, diminuer, augmenter ou rayer des prévisions de recettes ainsi que des articles de dépenses et corriger des erreurs matérielles.

Le Gouvernement statue dans un délai de 100 jours à dater de la notification du dossier mentionnée au § 1<sup>er</sup>, alinéa 4. Il peut une fois au plus prolonger de 30 jours le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, l'approbation est censée avoir été donnée.

§ 4. Toute expédition mentionnant la décision du Gouvernement est immédiatement envoyée au Conseil central, à l'administration fabrienne et aux communes concernées. Une autre expédition est conservée dans les archives du Gouvernement.

§ 5. Si le budget ou le compte annuel n'est pas remis aux époques fixées conformément au § 1 ou si l'administration fabrienne refuse de fournir les pièces ou informations justificatives, le Gouvernement lui adresse une lettre recommandée l'invitant à le faire et en informe le Conseil central.

Si le conseil d'administration n'a pas introduit le budget ou le compte annuel dans les 20 jours suivant cette mise en demeure, le Gouvernement peut arrêter le budget ou le compte annuel en lieu et place du conseil d'administration. Le Gouvernement transmet les dossiers aux conseils communaux concernés et au Conseil central. Ensuite, ce sont les §§ 2 à 4 qui sont d'application.

## CHAPITRE IV. — Dispositions finales

## Disposition abrogatoire et modificative

**Art. 42.** Sont abrogés, en ce qui concerne les domaines régis par le présent décret :

1° la loi du 18 germinal an X relative à l'organisation des cultes;

2° le décret impérial du 30 décembre 1809 concernant les fabriques des églises, modifié en dernier lieu par le décret du 20 décembre 2004;

3° dans la loi du 4 mars 1870 sur le temporel des cultes :

— les articles 1 à 17<sup>quater</sup>, modifiés en dernier lieu par le décret du 20 décembre 2004;

— les articles 18 et 19, modifiés en dernier lieu par le décret du 30 janvier 2006, dans la mesure où ils concernent les administrations fabriennes protestantes;

4° l'arrêté royal du 16 août 1824 portant que les fabriques et administrations d'église ne peuvent prendre des dispositions sur des objets dont le soin ne leur est pas expressément conféré par les lois, règlements et ordonnances existants.

5° l'arrêté royal du 12 mars 1849 sur la réorganisation et le renouvellement partiel des fabriques d'église;

6° l'arrêté royal du 7 février 1876 portant organisation des conseils d'administration près les églises protestantes du culte évangélique.

Dans l'article 2, 2°, du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande, le passage «le conseil de fabrique d'église, le bureau des marguilliers» est remplacé par «le conseil de fabrique d'église ou le conseil de l'administration fabrienne».

## Disposition transitoire relative aux articles 6 et 7

**Art. 43.** Toutes les paroisses et fabriques d'églises reconnues existant au moment de l'entrée en vigueur du présent décret sont conservées avec leur circonscription territoriale.

## Disposition transitoire relative à l'article 9

**Art. 44.** Le nombre de membres de tous les conseils en fonction au moment de l'entrée en vigueur du présent décret reste inchangé.

## Disposition transitoire relative aux articles 10 et 11

**Art. 45.** Les conseils de fabriques d'église en fonction au moment de l'entrée en vigueur du présent décret sont renouvelés selon leur rythme habituel.

Les présidents, secrétaires et trésoriers en fonction le restent jusqu'au prochain renouvellement partiel des conseils.

## Disposition transitoire relative à l'article 13

**Art. 46.** Par dérogation à l'article 13, les curés ou pasteurs qui assurent la fonction de secrétaire au moment de l'entrée en vigueur du présent décret peuvent continuer d'assurer cette fonction jusqu'au prochain renouvellement partiel des conseils.

## Disposition transitoire relative à l'article 14

**Art. 47.** Le règlement d'ordre intérieur mentionné à l'article 14 doit être soumis pour approbation au Gouvernement dans les 6 mois de l'entrée en vigueur du présent décret.

## Disposition transitoire relative à l'article 24

**Art. 48.** Les fabriques d'églises disposent d'un délai de 3 ans à partir de l'entrée en vigueur du présent décret pour établir les inventaires mentionnés à l'article 24.

## Entrée en vigueur

**Art. 49.** Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2009.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Donné à Eupen, le 19 mai 2008.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre des Pouvoirs locaux.

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme.

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique.

Mme I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports.

## Notes

(1) *Session 2007-2008* :

*Documents parlementaires*. — 118 (2007-2008) N° 1 : Projet de décret. — 118 (2007-2008) N° 2 : Propositions de modification. — 118 (2007-2008) N° 3 : Rapport.

*Compte rendu intégral*. — Discussion et vote. Séance du 19 mai 2008.

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 2897

[C — 2008/33067]

**19 MEI 2008. — Decreet betreffende de materiële organisatie en de werking van de erkende erediensten**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Definities

**Artikel 1.** In de zin van voorliggend decreet verstaat men onder :

- bisschop : de rooms-katholieke bisschop bevoegd voor de parochies van het Duitse taalgebied;
- Centrale Raad : de administratieve raad van de Protestantse-Evangelische Eredienst;
- kerkfabriek : de instelling belast met het beheer van het tijdelijke van de erediensten;
- Raad : de katholieke kerkraad resp. de raad van het protestantse kerkbestuur;
- Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;
- gemeente : de gemeente waarin de kerkfabriek haar zetel heeft of de gemeenten over het gebied waarvan de omschrijving van een kerkfabriek zich uitstrekt;
- bewijsstukken : alle documenten of bijlagen waarmee een beslissing kan worden bewezen.

Berekening van de termijnen

**Art. 2.** De termijnen worden in kalenderdagen berekend.

Een termijn loopt vanaf de dag waarop een dossier betekend wordt, waarbij de datum van de poststempel of, bij overhandiging van het dossier, van het ontvangstbewijs als bewijs geldt. De vervalddag wordt meegerekend in de termijn. Als die dag echter een zaterdag, zondag of feestdag is, valt de vervalddag op de eerst volgende werkdag.

In de zin van dit decreet worden de volgende dagen gelijkgesteld met een feestdag : 1 januari, « Altweiberdonnerstag » (oude wijven donderdag), Rozenmaandag, Paasmaandag, 1 mei, Hemelvaartsdag, Pinkstermaandag, 21 juli, 15 augustus, 1, 2, 11 en 15 november, 25 en 26 december, alsook de bij decreet of bij besluit van de Regering vastgestelde dagen.

Betekening

**Art. 3.** Elke beslissing van de Regering wordt aan de betrokken kerkfabriek, de gemeente, de bisschop en, in voorkomend geval, aan de belanghebbende betekend. Op straffe van nietigheid vindt de betekening ten laatste op de vervalddag van de termijn plaats.

Elke beslissing van de gemeenteraad wordt aan de betrokken kerkfabriek, de Regering, de bisschop en, in voorkomend geval, aan de belanghebbende betekend. Op straffe van nietigheid vindt de betekening ten laatste op de vervalddag van de termijn plaats.

## Toegang tot de eredienstgebouwen

**Art. 4.** Het wordt uitdrukkelijk verboden iets te ontvangen voor de toegang tot de eredienstgebouwen, behalve voor culturele evenementen.

## Geldinzamelingen

**Art. 5.** De geldinzamelingen in de kerken worden door de bisschop of de Centrale Raad geregeld.

HOOFDSTUK II. — *Organisatie en werking*

## Erkenning van parochies

**Art. 6.** Op voorstel van de bisschop of van de Centrale Raad erkent de Regering de parochies en de gebiedsomschrijving ervan.

De Regering legt de erkenningsvoorwaarden vast.

## Erkenning van kerkfabrieken

**Art. 7.** In elke parochie wordt een kerkfabriek opgericht, behalve als twee of meerdere kerkfabrieken om een fusie verzoeken. De Regering kan deze fusie toelaten, indien de bisschop of de Centrale Raad een positief advies heeft uitgebracht.

De kerkfabriek is een openbare instelling met rechtspersoonlijkheid.

De zetel van de kerkfabriek is gevestigd in de pastorie. Is het niet mogelijk, dan moet een aanvraag bij de Regering worden ingediend om de zetel op een andere plaats te vestigen die dezelfde karakteristieken vertoont.

## Opdrachten van de kerkfabriek

**Art. 8.** De kerkfabriek zorgt voor de materiële voorwaarden die voor de uitoefening van de eredienst en het hooghouden van de waardigheid ervan noodzakelijk zijn.

Ze is bevoegd voor :

- het onderhoud en het behoud van de kerken en kapellen die onder haar ressorteren;
- het beheer van de goederen en gelden die haar eigendom zijn of voor de uitoefening van de eredienst bestemd zijn;
- de vertegenwoordiging van haar belangen t.o.v. de burgerlijke overheden.

## Raad

**Art. 9.** § 1. De kerkfabriek wordt bestuurd door een raad bestaande uit vijf gekozen leden.

In afwijking van het eerste lid mag een raad hoogstens negen leden tellen, als het in het huishoudelijk reglement bepaald is. Tot de wijziging van het aantal leden mag slechts ter gelegenheid van een gedeeltelijke hernieuwing van de raden worden besloten.

Daarenboven zijn van rechtswege lid van de raad :

- de pastoor of predikant of de door hem aangewezen vertegenwoordiger;
- de burgemeester of de door hem aangewezen vertegenwoordiger, die gemeenteraadslid moet zijn.

§ 2. Te allen tijde kan de raad buitenstaande personen uitnodigen om zijn zittingen bij te wonen. Zij zullen een raadgevende functie uitoefenen.

De raad is met elke opdracht belast die door voorliggend decreet niet uitdrukkelijk aan één van zijn leden wordt toevertrouwd.

Zijn in het bijzonder aan de beraadslaging van de raad onderworpen :

- de aanneming van de begrotingen en jaarrekeningen;
- de beleggingen en het gebruik van middelen voortkomende uit onroerende verrichtingen;
- elke uitgave boven 10.000 EUR en elke uitgave die niet in de begroting ingeschreven was;
- de indienstneming en afdanking van personeel op voorstel van de pastoor of predikant;
- de aanneming van het huishoudelijk reglement.

## Verkiezing van de katholieke kerkraad

**Art. 10.** § 1. Bij nieuw opgerichte kerkfabrieken worden drie leden van de raad door de bisschop en twee door de gemeenteraad aangewezen.

Ontstaat een nieuwe kerkfabriek uit de fusie van bestaande kerkfabrieken, dan verkiezen de leden van hun respectievelijke raden de leden van de nieuwe raad.

§ 2. Onverminderd de toepassing van § 4 worden de leden van de raad voor 6 jaar gekozen. Een uittredend lid is herkiesbaar.

Indien een lid vroegtijdig uittreedt, verkiezen de overblijvende leden een nieuw lid dat het mandaat van zijn voorganger beëindigt.

§ 3. De raad wordt om de drie jaar voor de helft hernieuwd. De leden die de uittredenden moeten vervangen, worden verkozen door de overblijvende leden. Vindt de verkiezing niet binnen de maand plaats, dan wijzen de bisschop en de gemeenteraad ieder een helft van de te vervangen leden aan.

Bij elke gedeeltelijke hernieuwing verkiest de raad een voorzitter, een penningmeester en een secretaris. De mandaten zijn hernieuwbaar.

§ 4. Bij nieuw opgerichte kerkfabrieken worden de eerste uittredende leden na afloop van drie jaar door lottrekking aangewezen.

Beslist de raad overeenkomstig artikel 9, § 1, lid 2, zijn aantal leden te wijzigen, dan worden de volgende regels toegepast opdat de gedeeltelijke hernieuwing bepaald in § 3 plaats kan vinden :

- bij vermindering van het aantal leden worden de bijkomende uittredenden door lottrekking aangewezen en zal de raad de duur van het mandaat der nieuw gekozen leden op drie of zes jaar vastleggen;

— bij verhoging van het aantal leden zal de raad de duur van het eerste mandaat van de nieuwe leden op drie of zes jaar vastleggen.

§ 5. Alle in dit artikel bedoelde verkiezingen gebeuren bij geheime stemming. In geval van staking der stemmen wordt er opnieuw gestemd. Staken de stemmen bij de herstemming, dan wordt het jongste lid geacht verkozen te zijn.

#### Verkiezing van de protestantse kerkraad

**Art. 11.** § 1. Onverminderd de toepassing van § 3 worden de leden van de raad door de parochieleden voor 6 jaar gekozen. Een uittredend lid is herkiesbaar.

Indien een lid vroegtijdig uittreedt, verkiezen de overblijvende leden een nieuw lid dat het mandaat van zijn voorganger beëindigt.

§ 2. De raad wordt om de drie jaar voor de helft hernieuwd.

Bij elke gedeeltelijke hernieuwing verkiest de raad een voorzitter, een penningmeester en een secretaris. De mandaten zijn hernieuwbaar.

§ 3. Bij nieuw opgerichte kerkfabrieken worden de eerste uittredende leden na afloop van drie jaar door lottrekking aangewezen.

Beslist de raad overeenkomstig artikel 9, § 1, lid 2, zijn aantal leden te wijzigen, dan worden de volgende regels toegepast opdat de gedeeltelijke hernieuwing bepaald in § 3 plaats kan vinden :

— bij vermindering van het aantal leden worden de bijkomende uittredenden door lottrekking aangewezen en zal de raad de duur van het mandaat der nieuw gekozen leden op drie of zes jaar vastleggen;

— bij verhoging van het aantal leden zal de raad de duur van het eerste mandaat van de nieuwe leden op drie of zes jaar vastleggen.

§ 4. Alle in dit artikel bedoelde verkiezingen gebeuren bij geheime stemming. In geval van staking der stemmen wordt er opnieuw gestemd. Staken de stemmen bij de herstemming, dan wordt het jongste lid geacht verkozen te zijn.

#### Voorwaarden tot verkiesbaarheid

**Art. 12.** De verkozen raadsleden

- zijn ten minste 18 jaar oud;
- zijn katholiek of protestant;
- zijn binnen de parochiegemeenschap werkzaam en
- genieten de burgerlijke en politieke rechten.

#### Onverenigbaarheden

**Art. 13.** De pastoor of predikant, of hun vertegenwoordiger, de burgemeester of zijn vertegenwoordiger, en de schepenen van de gemeente alsmede het personeel van de kerkfabriek mogen de mandaten van voorzitter, penningmeester of secretaris niet uitoefenen.

Behalve de leden van rechtswege mogen de leden van de raad noch bloed- of aanverwanten tot en met de tweede graad noch echtgenoten ofwel wettelijk samenwonende partners zijn.

Aanverwantschap die later tot stand komt tussen raadsleden brengt geen verval van hun mandaat mee. Dit geldt echter niet bij een huwelijk tussen raadsleden of in het geval van wettelijke samenwoning.

De aanverwantschap wordt geacht op te houden bij overlijden van de persoon door wie zij tot stand is gekomen.

#### Huishoudelijk reglement

**Art. 14.** § 1. De raad neemt een huishoudelijk reglement aan dat ten minste volgende aspecten regelt :

- het aantal raadsleden;
- de vertegenwoordiging bij tijdelijke afwezigheid;
- de wijze waarop de zittingen bijeengeroepen worden;
- de stemmodaliteiten;
- de modaliteiten voor een wijziging van het huishoudelijk reglement.

Desgevallend regelt het ook :

- de mogelijkheid om bij volmacht te stemmen;
- de delegatie van opdrachten;
- de beperking van de bevoegdheden van de penningmeester.

Dit huishoudelijk reglement dat overeenkomstig het door de Regering vastgelegde model wordt opgemaakt, moet haar binnen de 20 dagen na zijn aanneming ter goedkeuring worden toegezonden.

§ 2. De Regering bevestigt de ontvangst van het dossier en zendt het onmiddellijk aan de bisschop of aan de Centrale Raad voor advies toe.

Binnen 40 dagen zendt de bisschop of de Centrale Raad zijn advies aan de Regering toe.

Bij het uitblijven van een advies binnen de gestelde termijn mag er aan het adviesvereiste worden voorbijgegaan.

§ 3. De Regering beslist over de goedkeuring of afwijzing binnen de 80 dagen na de in § 2, lid 1, vermelde toezending. Bij het uitblijven van een beslissing binnen de gestelde termijn wordt de goedkeuring geacht verleend te zijn.

#### Oprachten van de voorzitter

**Art. 15.** De voorzitter heeft volgende opdrachten :

- 1° de oproeping en leiding van de zittingen;
- 2° de vertegenwoordiging van de kerkfabriek bij elke gerechtelijke en buitengerechtelijke handeling;
- 3° de uitvoering van de beslissingen van de raad, waarbij hij echter opdrachten aan bepaalde leden mag delegeren;



4° de ondertekening van de beslissingen, de briefwisseling en het notulenboek met de secretaris;

5° het pleiten als verweerder bij elke tegen de kerkfabriek ingestelde rechtsvordering. Hij stelt de vorderingen in kort geding en de bezitsvorderingen in; hij verricht alle handelingen tot bewaring van recht of tot stuiting van verjaring en van verval. Hij kan deze opdrachten aan een ander lid van de raad delegeren, als het in het huishoudelijk reglement bepaald is.

Alle andere rechtsvorderingen waarbij de kerkfabriek als eiser optreedt, mogen pas door de voorzitter worden ingesteld nadat de raad erin heeft toegestemd.

#### Opdrachten van de secretaris

**Art. 16.** De secretaris heeft volgende opdrachten :

1° het opstellen van de beslissingen van de raad;

2° het houden van het notulenboek;

3° de inschrijving van alle akten m.b.t. stichtingen en eigendom alsmede van de huur- en pachtovereenkomsten in het grootboek met vermelding van de opbrengst en van de lasten;

4° het toezenden van alle noodzakelijke documenten aan de overheden;

5° het opstellen en bijhouden van de inventaris;

6° het bewaren van het archief.

De opdrachten vermeld onder de punten 5° en 6° mogen aan een ander lid van de raad worden toevertrouwd, als het in het huishoudelijk reglement bepaald is.

De secretaris ondertekent de beslissingen, de briefwisseling en het notulenboek met de voorzitter.

#### Opdrachten van de penningmeester

**Art. 17.** De penningmeester heeft volgende opdrachten :

1° de inning van al de aan de kerkfabriek verschuldigde bedragen, de vereffening van de schulden alsmede het beheer van de gelden;

2° het dagelijks beheer in het kader van de gewone begroting;

3° de boekhouding;

4° de voorbereiding van de begroting en van het meerjarenplan;

5° de voorbereiding der neerlegging van de jaarrekeningen;

6° de administratie van alle stichtingen volgens de wil van de stichter.

Eénmaal per trimester legt de penningmeester aan de raad een staat van ontvangsten en uitgaven m.b.t. de drie afgelopen maanden voor die hij ondertekent en eensluidend verklaart.

#### Vergaderritme

**Art. 18.** De raad vergadert zo dikwijls als de belangen van de kerkfabriek het vereisen en ten minste éénmaal per trimester.

De beraadslagingen geschieden met gesloten deuren.

#### Stemmodaliteiten

**Art. 19.** § 1. Om rechtsgeldig te beraadslagen, moeten meer dan de helft van de raadsleden aanwezig zijn; de beslissingen worden genomen bij de meerderheid van de stemgerechtigde leden.

Wordt het aanwezigheidsquorum niet bereikt, dan kan een nieuwe vergadering met dezelfde agenda bijeengeroepen worden; ze kan rechtsgeldig beraadslagen met de meerderheid der aanwezige leden ongeacht hun aantal. Tussen beide vergaderingen moeten 8 dagen verstreken zijn.

§ 2. Voor elke aanstelling van een personeelslid vindt een gescheiden stemming plaats.

Wordt bij de aanstelling van kandidaten de vereiste meerderheid van stemmen niet bereikt bij de eerste stembbeurt, dan wordt er opnieuw gestemd op de kandidaten die de meeste stemmen hebben behaald.

De aanstelling wordt besloten met de meerderheid der stemmen. Bij staking van stemmen is de stem van de voorzitter doorslaggevend.

#### Verbodsbepalingen

**Art. 20.** De raadsleden mogen niet deelnemen aan beraadslagingen over aangelegenheden waarin zij een rechtstreeks belang hebben en waarbij zij persoonlijk, hun bloed- of aanverwanten tot en met de tweede graad, hun echtgenoot of hun wettelijk samenwonende partner zijn betrokken.

Het is elk raadslid verboden :

1° rechtstreeks of onrechtstreeks deel te nemen aan enige dienstverlening, levering of gunning van een opdracht voor de kerkfabriek;

2° als advocaat, notaris of zaakwaarnemer op te treden in rechtsgedingen, tegen de kerkfabriek ingesteld; het is hem ook verboden in dezelfde hoedanigheid ten behoeve van de kerkfabriek te pleiten, raad te geven of op te treden in elke betwisting, tenzij dit kosteloos gebeurt;

3° als raadsman van een personeelslid op te treden in tuchtzaken.

#### Beheer en beschikking van de goederen

**Art. 21.** § 1. De huizen en terreinen van de kerkfabriek worden door de raad verpacht of beheerd overeenkomstig de voor de gemeentegoederen voorgeschreven vorm.

De raad bepaalt de huur- en verpachtingsvoorwaarden alsmede de voorwaarden voor elk ander gebruik van de opbrengst en inkomen voortvloeiend uit het eigendom en de rechten van de kerkfabriek.

§ 2. Voor onroerende verrichtingen boven 10.000 EUR alsmede huur- of verpachtingsovereenkomsten voor langer dan 9 jaar zijn een advies van de bisschop of van de Centrale Raad en van de gemeente alsmede de toestemming van de Regering vereist.

Bij het uitblijven van een advies binnen de vier maanden mag er aan het adviesvereiste worden voorbijgegaan.

De Regering beschikt over een termijn van 45 dagen vanaf de ontvangst van de volledige dossiers om haar toestemming te verlenen. Zij mag de termijn die haar gesteld is om haar bevoegdheid uit te oefenen ten hoogste één keer, met dezelfde duur, verlengen.

Bij het uitblijven van een beslissing binnen de gestelde termijn wordt de toestemming geacht verleend te zijn.

#### Beperkingen

**Art. 22.** Het gunstig advies van de bisschop of van de Centrale Raad en dit van de gemeente alsmede de toestemming van de Regering zijn vereist om

- nieuwe kerken of andere eredienstgebouwen op te richten;
- bestaande kerken of andere eredienstgebouwen om en uit te bouwen;
- de binneninrichting van bestaande kerken of andere eredienstgebouwen te wijzigen;
- kunstvoorwerpen of voorwerpen van historische waarde uit de kerk te brengen, te restaureren of te vervreemden, voor zover zij niet toebehoren aan particulieren of privé-vennootschappen.

#### Pastorie

**Art. 23.** Bij elke installatie van een pastoor of predikant of van een kerkbedienaar moet ten laste van de gemeente en op het initiatief van de burgemeester een plaatsbeschrijving van de pastorie en aanhorigheden ervan opgemaakt worden. De pastoor of predikant of de kerkbedienaar zal de kosten op zich nemen die betrekking hebben tot kleine onderhouds- en reparatiewerken die ten laste van de huurder vallen, alsmede tot de beschadigingen veroorzaakt door zijn schuld. Deze beschadigingen moeten ook de uittredende pastoor of predikant of de kerkbedienaar, zijn erfgenamen of rechthebbenden ten laste nemen.

#### Inventarissen

**Art. 24.** De kerkfabriek beschikt over twee inventarissen : de ene van de kerkmeubelen, de andere van de titels, stukken en inlichtingen, vermeldend, omtrent elke titel, de opgebrachte inkomsten, de stichting tot het dekken waarvan de goederen aan de kerkfabriek geschonken werden.

Deze inventarissen worden jaarlijks bijgewerkt.

#### Schenken en legaten

**Art. 25.** Elke notaris vóór wie een akte verleden werd houdende schenking onder levenden of een laatste wilsbeschikking ten voordele van een fabriek, zal daarover de pastoor of predikant berichten.

Iedere akte houdende schenkingen of legaten ten voordele van een kerkfabriek wordt de penningmeester ter hand gesteld, die daaromtrent op de volgende zitting van de raad bericht zal uitbrengen. Deze akte zal vervolgens, met de opmerkingen van het bureau, aan de bisschop of de Centrale Raad worden voorgelegd.

Een kerkfabriek mag een schenking of legaat slechts aanvaarden mits machtiging van :

- de bisschop of de Centrale Raad, als het bedrag ervan 10.000 EUR niet overschrijdt;
- de Regering die op advies van de bisschop of van de Centrale Raad beslist, als het bedrag hoger ligt dan 10.000 EUR.

#### Overheidsopdrachten

**Art. 26.** § 1. De raad bepaalt de procedure en de voorwaarden voor de gunning van opdrachten voor aanneming van werken, leveringen en diensten.

De raad start de procedure op en wijst de opdracht toe. Hij kan deze opdracht toevertrouwen aan het gemeentecollege van de gemeente waar de zetel van de kerk gevestigd is.

§ 2. In dringende noodgevallen voortvloeiend uit onvoorzienbare gebeurtenissen kan de voorzitter of zijn vertegenwoordiger, op eigen initiatief, de in het eerste lid vermelde bevoegdheden van de raad uitoefenen.

Zijn beslissing wordt aan de raad medegedeeld, die ze in zijn volgende zitting bekrachtigt.

#### HOOFDSTUK III. — *Financieel beheer*

##### *Afdeling 1. — Algemene bepalingen*

##### Aan de Regering toevertrouwde opdracht

**Art. 27.** Op advies van de bisschop en van de Centrale Raad legt de Regering het algemeen reglement op de boekhouding van de kerkfabrieken alsmede het model van de begrotingen en van de jaarrekeningen vast.

Het boekjaar stemt overeen met een kalenderjaar.

#### Ontvangsten

**Art. 28.** De ontvangsten van de kerkfabriek bestaan uit :

- 1° de opbrengst van de goederen die de fabriek toebehoren of toekomen;
- 2° de schenkingen, legaten, stichtingen, renten en alle subsidies die ertoe bestemd zijn, de materiële voorwaarden voor de uitoefening van de eredienst te scheppen;
- 3° de opbrengst van de geldinzamelingen, offerblokken en offergaven die ertoe bestemd zijn, de kosten van de eredienst te bestrijden;
- 4° de buitengewone subsidies, toelagen en opbrengsten die ertoe bestemd zijn, de materiële voorwaarden voor de uitoefening van de eredienst te scheppen;
- 5° de gemeentelijke subsidie om de ontoereikende ontvangsten aan te vullen, teneinde de bij artikel 29 bepaalde uitgaven en lasten te dekken;
- 6° alle andere ontvangsten die ertoe bestemd zijn, de materiële voorwaarden voor de uitoefening van de eredienst te scheppen.

## Uitgaven en lasten

**Art. 29.** § 1. De uitgaven en lasten van de kerkfabriek zijn :

1° de wedden van de personeelsleden van de kerkfabriek, alsmede de daaraan verbonden uitgaven;

2° de kosten die noodzakelijk zijn voor de uitoefening van de eredienst, onder meer de kosten m.b.t. de gebouwen die voor de uitoefening van de eredienst bestemd zijn, alsmede de kosten die inherent zijn aan de organisatie en de werking van de eredienst;

3° de reparatiewerken aan de eredienstgebouwen;

4° de terugbetaling van kapitaal en interesten van de leningen aangegaan voor de aankoop of bewaring van de goederen van de kerkfabriek;

5° alle andere uitgaven m.b.t. de goederen die de kerkfabriek toebehoren of toekomen.

De kerkfabriek kan aan de penningmeester een vergoeding toekennen die 5 % van de gewone ontvangsten, na aftrek van de gemeentelijke subsidie, niet mag overschrijden.

§ 2. Om de onder § 1, 3°, bedoelde kosten te dekken, kan de kerkfabriek een investeringsfonds oprichten overeenkomstig de bepalingen vastgelegd door de Regering. De erin geboekte bedragen worden niet in aanmerking genomen bij de berekening van de jaarlijkse gemeentelijke subsidie bedoeld in artikel 28, 5°.

## Overleg

**Art. 30.** § 1. Eenmaal per jaar vindt een overleg met alle katholieke kerkfabrieken op gemeentevlak plaats.

De notulen van dit overleg worden aan de Regering en de bisschop toegezonden.

§ 2. Eenmaal per jaar vindt een overleg tussen de protestantse kerkbesturen en hun vestigingsgemeenten plaats, waaraan vertegenwoordigers van alle betrokken gemeenten deelnemen.

De notulen van dit overleg worden aan de Regering en aan de Centrale Raad toegezonden.

## Meerjarenplan

**Art. 31.** Bij het begin van de zittingsperiode van een gemeenteraad neemt de raad een meerjarenplan aan in overleg met de gemeente en de Regering; dit plan wordt ter informatie aan de bisschop of de Centrale Raad toegezonden.

Dit meerjarenplan, dat jaarlijks kan worden bijgewerkt, bevat de lijst van de grootste noodzakelijke instaatstelsingswerken die, binnen een bepaalde termijn, aan alle door een kerkfabriek beheerde onroerende goederen moeten worden uitgevoerd. De bijwerkingen worden aan de Regering en aan de bisschop toegezonden.

## Eindafrekening

**Art. 32.** Telkens er een nieuwe penningmeester is, komt de raad binnen de maand bijeen. Bij deze zitting wordt de nieuwe penningmeester door zijn voorganger of dezes vertegenwoordiger, een rekening van klerk tot meester gedaan van de bewerkstelligde ontvangsten en uitgaven. In dezelfde zitting overhandigt men aan de nieuwe penningmeester een afschrift van de begroting van het lopende dienstjaar, van de tarief van het bisdom, een staat van de uitstaande gelden of van de te innen ontvangsten, een tabel der niet gekwetene lasten en leveringen, alsmede al de rekenboeken.

Deze neerlegging van de jaarrekeningen en deze overleggingen worden in het register der beraadslagingen opgenomen. Een afschrift ervan wordt aan de gemeenteraad, de bisschop en de Regering toegezonden.

Worden de rekeningen niet op het in lid 1 bepaalde tijdstip neergelegd, of in geval van betwisting, worden de rekeningen door de Regering afgesloten.

De inning van alle voor saldo verschuldigde som wordt vervolgd door middel van dwangbevel afgeleverd door de nieuwe penningmeester, geïssueerd door de voorzitter van de raad en voorzien van de volmacht der Regering.

*Afdeling 2. — Op de katholieke kerkfabrieken toepasselijke bepalingen*

## Goedkeuring van de begrotingen en jaarrekeningen

**Art. 33.** De begrotingen van de kerkfabrieken, de wijzigingen ervan en de jaarrekeningen zijn onderworpen aan de goedkeuring van de gemeenteraad.

## Aanneming van de begrotingen en jaarrekeningen

**Art. 34.** Vóór 15 augustus van het jaar dat het begrotingsjaar voorafgaat, worden de begrotingen in vier uitgiften, samen met alle bewijsstukken, aan de gemeente toegezonden.

Vóór 10 april van het jaar dat het begrotingsjaar volgt, worden de jaarrekeningen in vier uitgiften, samen met alle bewijsstukken aan de gemeente toegezonden.

Het gemeentecollege zendt de volledige dossiers aan de bisschop toe.

## Bevoegdheden van de bisschop

**Art. 35.** De bisschop sluit definitief de uitgaven m.b.t. de uitoefening van de eredienst, brengt een advies uit over de overige punten van de begroting, de begrotingswijziging of de jaarrekening en zendt het volledig dossier, binnen 45 dagen na de ontvangst ervan, aan de gemeenteraad toe.

Bij het uitblijven van een advies binnen de gestelde termijn mag er aan het adviesvereiste worden voorbijgegaan.

## Bevoegdheden van de gemeenteraad

**Art. 36.** Met uitzondering van de begrotingsartikelen van de uitgaven m.b.t. de uitoefening van de eredienst kan de gemeenteraad ontvangstramingen en artikelen van de uitgaven inschrijven, verminderen, verhogen of schrappen en materiële vergissingen corrigeren.

Binnen 90 dagen na de in artikel 34, lid 3, vermelde toezending van het volledig dossier beslist de gemeenteraad over de goedkeuring of afwijzing alsmede desgevallend over de aanpassingen uitgevoerd overeenkomstig het eerste lid. Hij kan de termijn waarover hij beschikt om zijn bevoegdheid uit te oefenen, ten hoogste één keer met 45 dagen verlengen. Deze verlenging kan ook door het gemeentecollege worden besloten. Deze beslissing wordt dan aan de gemeenteraad, bij zijn volgende zitting, ter bekrachtiging voorgelegd.

Bij het uitblijven van een beslissing binnen de gestelde termijn wordt de goedkeuring geacht verleend te zijn.

#### Betekening

**Art. 37.** Elke uitgifte van de begrotingen, begrotingswijzigingen en jaarrekeningen vermeldende een beslissing van de gemeenteraad wordt onmiddellijk aan de bisschop, de kerkfabriek en de Regering toegezonden. De vierde uitgifte wordt in het archief van de gemeente bewaard.

#### Beroep

**Art. 38.** Worden de begroting, de begrotingswijziging of de jaarrekening door de gemeenteraad verworpen of gewijzigd, kunnen de bisschop en de kerkfabriek het volledig dossier, binnen 45 dagen na de betekening van de beslissing van de gemeenteraad, aan de Regering voorleggen, opdat deze een definitieve beslissing neemt. De Regering beschikt over de in artikel 36, lid 1, vermelde bevoegdheden van de gemeenteraad.

De Regering beslist binnen de 45 dagen na de toezending van het volledig dossier. Zij kan de termijn waarover zij beschikt om haar bevoegdheid uit te oefenen, ten hoogste één keer, met dezelfde duur, verlengen.

Elke uitgifte vermeldende een beslissing van de Regering wordt onmiddellijk aan de bisschop, de betrokken kerkfabriek en de betrokken gemeenteraad toegezonden. De vierde uitgifte wordt in het archief van de Regering bewaard.

Bij het uitblijven van een beslissing binnen de gestelde termijn wordt de beslissing van de gemeenteraad geacht goedgekeurd te zijn.

#### Parochies die onder meerdere gemeenten ressorteren

**Art. 39.** Indien de parochie verscheidene gemeenten of verscheidene delen van gemeenten bevat, wordt een afschrift van de in artikel 34 vermelde documenten aan elke betrokken gemeente toegezonden. In dit geval oefent de gemeenteraad van de gemeente waar de zetel van de kerkfabriek gevestigd is de in artikel 36 van voorliggend decreet bepaalde bevoegdheden uit op positief advies van de andere belanghebbende gemeenteraden.

In geval van onenigheid beslist de Regering binnen een termijn van 45 dagen na betekening van het volledig dossier. Zij mag de termijn die haar gesteld is om haar bevoegdheid uit te oefenen ten hoogste één keer, met dezelfde duur, verlengen.

De briefwisseling wordt door bemiddeling van het gemeentebestuur van de gemeente waar de zetel van de kerk gevestigd is, toegezonden.

#### Ingebrekestelling

**Art. 40.** Indien de begroting of de jaarrekening niet overhandigd is op de bij artikel 34 van dit decreet bepaalde tijdstippen, of indien de kerkfabriek weigert de bewijsstukken of uitleggingen te geven, welke door de gemeenteraad worden gevraagd, zendt het gemeentecollege per aangetekende brief een uitnodiging aan de kerkfabriek en verwittigt de bisschop daarvan.

Indien de kerkraad binnen de 20 dagen na de ontvangst van de brief de begroting of de jaarrekening niet overhandigd heeft, dan kan de gemeenteraad de begroting of de jaarrekening in plaats van de kerkraad vastleggen. De gemeenteraad verwittigt de kerkfabriek ervan en zendt het volledig dossier onmiddellijk aan de bisschop toe. De bisschop sluit definitief de uitgaven m.b.t. de uitoefening van de eredienst, brengt zijn advies uit en zendt het volledig dossier, binnen 45 dagen na de toezending ervan, aan de Regering ter goedkeuring toe.

De Regering beslist binnen de 45 dagen na de toezending van het volledig dossier. Zij mag de termijn waarover zij beschikt om haar bevoegdheid uit te oefenen, ten hoogste één keer, met dezelfde duur, verlengen.

Elke uitgifte vermeldende de beslissing van de Regering wordt onmiddellijk aan de bisschop, de kerkfabriek en de gemeente toegezonden. De vierde uitgifte wordt in het archief van de Regering bewaard.

Bij het uitblijven van een beslissing van de Regering binnen de gestelde termijn wordt de beslissing van de gemeenteraad geacht goedgekeurd te zijn.

#### Afdeling 3. — Op de protestantse kerkbesturen toepasselijke bepalingen

##### Begrotingen en jaarrekening

**Art. 41.** § 1. De begrotingen, de wijzigingen ervan en de jaarrekeningen zijn onderworpen aan de goedkeuring van de Regering.

Vóór 15 augustus van het jaar dat het begrotingsjaar voorafgaat, worden de begrotingen in negen uitgiften, samen met alle bewijsstukken, aan de Regering toegezonden.

Vóór 10 april van het jaar dat het begrotingsjaar volgt, worden de jaarrekeningen in negen uitgiften, samen met alle bewijsstukken aan de Regering toegezonden.

De Regering zendt de dossiers aan de betrokken gemeenteraden en aan de Centrale Raad toe.

§ 2. De Centrale Raad sluit definitief de uitgaven m.b.t. de uitoefening van de eredienst, brengt een advies uit over de overige punten van de begroting, de begrotingswijziging of de jaarrekening en zendt het volledig dossier, binnen 60 dagen na de betekening ervan, aan de Regering toe.

De betrokken gemeenteraden brengen een advies uit over de begroting, de begrotingswijziging of de jaarrekening en zenden het volledig dossier binnen 60 dagen na de betekening ervan, aan de Regering toe.

Bij het uitblijven van een beslissing binnen de gestelde termijn mag er aan het beslissingsvereiste worden voorbijgegaan.

§ 3. Met uitzondering van de begrotingsartikelen van de uitgaven m.b.t. de uitoefening van de eredienst kan de Regering ontvangstramingen en artikelen van de uitgaven inschrijven, verminderen, verhogen of schrappen en materiële vergissingen corrigeren.

De Regering beslist binnen 100 dagen na de in § 1, lid 4, vermelde toezending van het volledig dossier. Zij mag de termijn waarover zij beschikt om haar bevoegdheid uit te oefenen, ten hoogste één keer met 30 dagen verlengen.

Bij het uitblijven van een beslissing binnen de gestelde termijn wordt de goedkeuring geacht verleend te zijn.

§ 4. Elke uitgifte vermeldende de beslissing van de Regering wordt aan de Centrale Raad, het kerkbestuur en de betrokken gemeenten toegezonden. Een verdere uitgifte wordt in het archief van de Regering bewaard.

§ 5. Indien de begroting of de jaarrekening niet overhandigd is op de overeenkomstig § 1 bepaalde tijdstippen, of indien het kerkbestuur weigert de bewijsstukken of uitleggingen te geven, zendt de Regering een aangetekende brief aan het kerkbestuur, waarbij dit wordt uitgenodigd het te doen, en verwittigt de Centrale Raad daarvan.

Indien de raad van bestuur binnen de twintig dagen na de ontvangst van de brief de begroting of de rekening niet overhandigd heeft, dan kan de Regering de begroting of de jaarrekening in plaats van de raad van bestuur vastleggen. De Regering zendt de dossiers aan de betrokken gemeenteraden en de synode toe; daarna worden de §§ 2 tot 4 toegepast.

#### HOOFDSTUK IV. — *Slotbepalingen*

##### Opheffings- en wijzigingsbepaling

**Art. 42.** Worden opgeheven wat de door voorliggend decreet geregelde gebieden betreft :

1° de wet van 18 germinal jaar X betreffende de inrichting van de erediensten;

2° het keizerlijk decreet van 30 december 1809 op de kerkfabrieken, laatst gewijzigd bij het decreet van 20 december 2004;

3° in de wet van 4 maart 1870 op het tijdelijke der erediensten :

— de artikelen 1-17quater, laatst gewijzigd bij het decreet van 20 december 2004;

— de artikelen 18 en 19, laatst gewijzigd bij het decreet van 30 januari 2006, voor zover ze de protestantse kerkbesturen betreffen;

4° het koninklijk besluit van 16 augustus 1824 houdende dat de kerkbesturen en kerkelijke administraties geen beschikkingen kunnen nemen omtrent onderwerpen, waarvan de bezorging hen niet uitdrukkelijk bij de bestaande wetten, reglementen of verordeningen is opgedragen;

5° het koninklijk besluit van 12 maart 1849 over de herinrichting en de gedeeltelijke vernieuwing der kerkfabrieken;

6° het koninklijk besluit van 7 februari 1876 houdende inrichting der bestuurraden bij de protestantsche kerken.

In artikel 2, 2°, van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied wordt de passus « de kerkbestuursraad, het bureau van kerkmeesters » vervangen door de passus « de kerkfabriekraad of de raad van het kerkbestuur ».

##### Overgangsbepaling m.b.t. de artikelen 6 en 7

**Art. 43.** Alle bij de inwerkingtreding van voorliggend decreet bestaande erkende parochies en kerkfabrieken blijven met hun gebiedsomschrijving behouden.

##### Overgangsbepaling m.b.t. artikel 9

**Art. 44.** Het aantal leden van alle bij de inwerkingtreding van dit decreet fungerende raden blijft onveranderd.

##### Overgangsbepaling m.b.t. de artikelen 10 en 11

**Art. 45.** De bij de inwerkingtreding van dit decreet fungerende kerkfabriekraden worden volgens/in hun gewone ritme hernieuwd.

De fungerende voorzitters, secretarissen en penningmeesters blijven hun ambt uitoefenen tot de eerstvolgende gedeeltelijke hernieuwing van de raden.

##### Overgangsbepaling m.b.t. artikel 13

**Art. 46.** In afwijking van artikel 13 kunnen de pastoors of predikanten die bij de inwerkingtreding van voorliggend decreet als secretaris fungeren, hun ambt tot de volgende gedeeltelijke hernieuwing van de raden uitoefenen.

##### Overgangsbepaling m.b.t. artikel 14

**Art. 47.** Het in artikel 14 vermeld huishoudelijk reglement moet binnen 6 maanden na de inwerkingtreding van dit decreet aan de Regering ter goedkeuring worden voorgelegd.

##### Overgangsbepaling m.b.t. artikel 24

**Art. 48.** De kerkfabrieken beschikken over 3 jaar vanaf de inwerkingtreding van voorliggend decreet om de in artikel 24 vermelde inventarissen aan te leggen.



## Inwerkingtreding

**Art. 49.** Voorliggend decreet treedt in werking op 1 januari 2009.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gegeven te Eupen op 19 mei 2008.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Lokale Besturen.

B. GENTGES,

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme.

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek.

I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport.

—  
Nota's

(1) *Zitting 2007-2008* :

*Parlementaire stukken.* — 118 (2007-2008) : Nr. 1 : Ontwerp van decreet. — 118 (2007-2008) : Nr. 2 : Voorstellen tot wijziging. — 118 (2007-2008) : Nr. 3 : Verslag.

*Integraal verslag.* — Bespreking en aanneming. Zitting van 19 mei 2008.

## BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST — REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

## VLAAMSE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE VAN HET BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

N. 2008 — 2898

[C – 2008/31393]

**22 MEI 2008.** — **Collegebesluit nr. 08/238 houdende herverdeling en overdracht van kredieten in de begroting over het dienstjaar 2008. — Uittreksel**

Het College,

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** Met toepassing van artikel 8, alinea 3 van het besluit van de Vlaamse Regering van 3 mei 1991 tot vaststelling van het begrotings- en rekeningstelsel van de Vlaamse Gemeenschapscommissie en artikel 12 van de verordening nr. 07/05 van 16 november 2007 tot vaststelling van de begroting voor het dienstjaar 2008, worden de kredieten met economische natuur 11 als volgt herverdeeld :

490/111-12	+ 21.000 EUR
490/113-12	+ 4.000 EUR
490/113-32	+ 5.000 EUR
492/111-01	- 21.000 EUR
492/113-01	- 4.000 EUR
492/113-21	- 5.000 EUR

**Art. 2.** Met toepassing van artikel 8, alinea 3 van het besluit van de Vlaamse Regering van 3 mei 1991 tot vaststelling van het begrotings- en rekeningstelsel van de Vlaamse Gemeenschapscommissie en artikel 3 van de verordening nr. 07/05 van 16 november 2007 tot vaststelling van de begroting voor het dienstjaar 2008 worden volgende kredieten herschikt :

840/125-08	+ 12.000 EUR
840/125-03	- 12.000 EUR
492/125-08	+ 1.000 EUR
492/125-48	- 1.000 EUR
498/124-08	+ 1.000 EUR
498/124-06	- 1.000 EUR
400/124-08	+ 1.000 EUR
400/124-24	- 1.000 EUR

De Collegeleden,

B. GROUWELS

P. SMET

G. VANHENGEL